

WP-5 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 25.10.2021
Tagesordnungspunkt: 3. Programm zur Landtagswahl 2022

Text

1 Für ein offenes und vielfältiges Nordrhein-Westfalen engagieren sich tagtäglich
2 Millionen Menschen in unserem Land. Ob in der Nachbarschaftshilfe, im
3 Frauenhaus, im Katastrophenschutz oder im Stadtrat. Sie stehen füreinander ein,
4 heißen Geflüchtete willkommen, demonstrieren für die Rechte queerer Menschen und
5 sorgen so dafür, das Versprechen unserer Demokratie einzulösen: Wir sind
6 verschieden und dabei gleich an Rechten und Würde.

7 Demokratie ist nie fertig, sie ist immer in Bewegung. Wir sind schon weit
8 gekommen und haben gleichzeitig noch viel zu tun. Kinder und Jugendliche sollen
9 über ihre Zukunft mitentscheiden, statt nur vom Spielfeldrand zuzuschauen –
10 deshalb senken wir das Wahlalter auf 16 Jahre ab. Frauen steht die Hälfte der
11 Macht in unserem Land zu, auch in unseren Parlamenten. Und unser Wahlrecht kann
12 noch viel mehr Menschen mit Einwanderungsgeschichte den Weg zur Wahlurne
13 bereiten. Wir sprechen die Einladung aus, Entscheidungen nicht über den Kopf der
14 Bürger*innen zu treffen, sondern mit einer neuen Politik der Beteiligung.

15 In Zeiten von Wandel und Umbruch erneuern wir das Versprechen, dass Politik
16 Verantwortung auch für schwierige Entscheidungen übernimmt, zu Fehlern steht und
17 transparent arbeitet. Nordrhein-Westfalen hat in den letzten Jahren schwere
18 Krisen erlebt – das Hochwasser, Corona und seine Folgen. In der Krise zeigt
19 sich, wer wir sind. Ob wir vorausschauend handeln oder Dienst nach Vorschrift
20 tun – das ist eine Frage von Führung und von funktionierenden Strukturen.
21 Deshalb ist Vorsorge unser politisches Leitprinzip. Gerade in diesen Zeiten ist
22 es wichtig zu wissen: Der Staat schützt mich, er handelt vorausschauend und ist
23 so ausgestattet, dass er auch auf Unvorhergesehenes reagieren kann. Unser
24 Leitbild ist ein Staat, der seinen Bürger*innen im besten Sinne des Wortes zu
25 Diensten ist, der es leicht macht, ihn zu verstehen und sich einzubringen. Der
26 digital, technisch und personell bestens ausgerüstet ist und Datenschutz sowie
27 Privatsphäre respektiert und schützt.

28 Vielfalt und Nordrhein-Westfalen sind seit langem untrennbar miteinander
29 verknüpft. Vielfalt ist herausfordernd und gleichzeitig eine Chance. Sie zu
30 gestalten und Konflikte auszuhandeln, begreifen wir als unseren politischen
31 Auftrag. Schon viele Male ist unser Land über sich hinausgewachsen, um
32 Einwander*innen und Geflüchtete willkommen zu heißen. Es wird durch Einwanderung
33 reicher. Neue Perspektiven bringen neue Ideen, die uns weiterbringen und uns
34 helfen, mit Herausforderungen fertig zu werden. Wir können Menschen eine neue
35 Heimat bieten, die ihre alte verloren haben. Sie kommen mit großer Hoffnung auf
36 Frieden, Freiheit und Sicherheit. Gemeinsam mit ihnen machen wir uns
37 selbstbewusst die Errungenschaften unserer Gesellschaft neu bewusst. Wir kämpfen
38 gemeinsam mit ihnen für eine starke Demokratie, in der es gerechte Chancen für
39 alle gibt und in der Glaubensfreiheit, Geschlechtergerechtigkeit und queere
40 Rechte eine Selbstverständlichkeit sind.

41 Nordrhein-Westfalen liegt im Herzen Europas. Als bevölkerungsreichstes
42 Bundesland mit großer wirtschaftlicher Stärke hat es auch eine führende Rolle
43 innerhalb der Bundesrepublik. Daraus erwächst der Auftrag, dieses Gewicht auch
44 in der europäischen und internationalen Politik geltend zu machen. Mit einer
45 grünen Landesregierung wird Nordrhein-Westfalen dieser Verantwortung nachkommen.
46 Wir machen in Nordrhein-Westfalen, Berlin, in Europa und auch darüber hinaus
47 Demokratie, Freiheit, Gleichstellung und die Wahrung der Menschenrechte zur
48 Richtschnur unserer Politik. Das gilt für internationale Handelsverträge ebenso
49 wie für die europäische Gesetzgebung. Freihandelsabkommen zu Lasten von
50 Menschen, Umwelt und Klima in den Partnerländern lehnen wir ab. Und wir fordern
51 weiterhin eine europäische Flüchtlingspolitik, die das Recht auf Leben und
52 Unversehrtheit zur obersten Maxime macht.

53 **Wir bauen Beteiligung und Mitbestimmung aus**

54 **Neue Politik der Beteiligung und des Dialogs**

55 Demokratie lebt vom Mitmachen! Beteiligung hilft uns, Lösungen zu finden, die
56 von allen mitgetragen werden. Sie kann politische Entscheidungen verbessern,
57 weil die Alltagserfahrung und das Wissen der Bürger*innen einfließen. Das ist
58 gerade jetzt besonders wichtig – denn wir stehen vor großen gesellschaftlichen
59 Umbrüchen, wollen unsere gesamte Infrastruktur klimafest machen. NRW wird
60 gleichzeitig immer vielfältiger. Diese Veränderung begleiten wir mit einer
61 Kultur der Beteiligung und des Dialogs. Wir setzen eine*n zentrale*n
62 Ansprechpartner*in der Landesregierung für Beteiligung und Dialog ein. Wir
63 stärken die direktdemokratischen Elemente unserer Landesverfassung deutlich. Wir
64 berufen Bürger*innenräte zu ausgewählten Zukunftsthemen ein. Denn Erfahrungen
65 aus Bund und anderen Ländern zeigen, dass Bürger*innenräte stark darin sind,
66 konstruktive Lösungen im Dialog zu finden. Zufällig und repräsentativ
67 ausgewählte Bürger*innen beraten über eine konkrete Fragestellung und erarbeiten
68 Handlungsempfehlungen. Diese muss das Parlament dann beraten. Zudem erleichtern
69 wir direkte Demokratie, indem wir die Mindestanzahl einzureichender
70 Unterschriften für Begehren und Initiativen reduzieren, die Bedingungen für die
71 Unterschriftensammlung vereinfachen und die direktdemokratische Mitbestimmung
72 bei deutlich mehr Themen ermöglichen.

73 **Versammlungsfreiheit schützen**

74 Unsere Demokratie lebt davon, dass wir frei und ohne Angst unsere Meinung
75 öffentlich sagen können. Für dieses Recht haben viele mutige Menschen lange
76 gekämpft. Sich mit Gleichgesinnten auf Demonstrationen oder Kundgebungen für
77 eine Sache einsetzen zu können ist ein sehr wichtiger Bestandteil unserer
78 Demokratie. Wir wollen ein Versammlungsrecht, das Versammlungen in NRW
79 ermöglicht und schützt und nicht erschwert und bei dem es für jede*n
80 unbürokratisch möglich ist Versammlungen anzumelden und rechtssicher
81 durchzuführen. Der Schutz der persönlichen Daten darf auch bei Demonstrierenden
82 nicht weiter beschnitten werden.

83 Ernst nehmen, wem die Zukunft gehört: Kinder und Jugendliche

84 Politik darf nicht auf Kosten der nächsten Generationen gehen. Kinder und
85 Jugendliche haben das Recht, über die Welt, in der sie leben und über ihre
86 Zukunft mitzuentcheiden. Wir werden das Wahlalter für die Landtagswahlen
87 deshalb auf 16 Jahre senken. So erreichen wir auch, dass alle politischen
88 Akteure die Belange der Jugendlichen besser in den Blick nehmen. Kinderrechte
89 sind in der Landesverfassung verankert und müssen gelebt werden. Mit einem
90 verbindlichen Jugendcheck werden wir die Gesetzesentwürfe darauf prüfen, wie sie
91 das Leben von jungen Menschen beeinflussen. In den Kitas und Schulen sollen
92 Beteiligungskonzepte verankert und verlässlich gelebt werden, sodass Kinder
93 Demokratie von Beginn an erfahren und in ihrer Selbstwirksamkeit gestärkt
94 werden. Auch auf kommunaler Ebene werden wir der Jugend ein verbindliches
95 Mitspracherecht garantieren. Dazu werden wir den Gemeinden durch Gesetz
96 verbindlich vorschreiben, für die Interessen von Jugendlichen besondere
97 Vertretungen oder Beauftragte zu bestellen. Durch die bessere Einbindung in den
98 demokratischen Prozess muss die Gemeinde die Interessen der Jugendlichen stärker
99 wahrnehmen.

100 Ein Vielfalts-Update für unsere Demokratie

101 Vielfalt ist in Nordrhein-Westfalen gelebte Normalität. Wer hier lebt, soll das
102 Recht haben, unsere Gesellschaft mitzugestalten und mitzuentcheiden. Wir wollen
103 die strukturellen und institutionellen Hürden abbauen, die bisher eine
104 gleichberechtigte Beteiligung verhindert haben. Wir richten das politische
105 Ehrenamt so aus, dass jede*r unabhängig von Schulabschluss, Einkommen oder
106 individueller Lebenssituation sich aktiv am politischen Prozess beteiligen kann.
107 Auch Bürger*innen aus anderen EU-Staaten sollen das Recht bekommen, an
108 Landtagswahlen teilzunehmen. Ausländer*innen aus Nicht-EU-Staaten, die seit
109 langem in NRW ihren Lebensmittelpunkt haben, erhalten das kommunale Wahlrecht.
110 Mehrstaatlichkeit wird hier gelebt und gehört zu einem modernen Staat. Auch
111 werden wir unseren Einfluss auf die Bundespolitik nutzen, um mehrere
112 Staatsangehörigkeiten neben der Deutschen zu ermöglichen. Wer sich eine Meinung
113 bilden und aktiv mitgestalten will, muss verstehen können und verstanden werden.
114 Mehrsprachigkeit, Leichte Sprache, Gebärdensprache und Blindenschrift sind ein
115 ganz bedeutsamer Schlüssel für gleichberechtigte Teilhabe. Wir erweitern die
116 sprachliche Vielfalt, insbesondere in öffentlichen Institutionen. Wir schaffen
117 Zugänge, dort wo sie bisher fehlen, um das politische Engagement und die
118 Sichtbarkeit von Menschen mit Behinderung in politischen Prozessen zu erhöhen.

119 Zivilgesellschaft und ehrenamtliche Arbeit unterstützen

120 Demokratie ist nur so stark wie die Gesellschaft, die sie unterstützt. Ob beim
121 Schwimmtraining, im Kita-Förderverein, bei der freiwilligen Feuerwehr oder in
122 der Kirchengemeinde: Ehrenamtlich engagierte Menschen in NRW sorgen buchstäblich
123 dafür, dass der Laden läuft und tragen die Interessen und Anliegen der
124 Bürger*innen in die Öffentlichkeit. Wir werden dem bürgerschaftlichen Engagement
125 und der Bürgerbeteiligung einen deutlich höheren Stellenwert in der
126 Regierungspolitik einräumen. Hierfür spielt die langfristige Absicherung von
127 Verbänden, Vereinen und zivilgesellschaftlichen Organisationen eine
128 entscheidende Rolle. Wir werden die Ehrenamtsstrategie des Landes NRW

129 weiterentwickeln und so erreichen, dass sich alle Menschen ganz einfach
130 engagieren können, unabhängig von Wohnort, Alter, Herkunft, Behinderung oder
131 sexueller Identität. Besonders in ländlichen Gemeinden unterstützen wir
132 ehrenamtlich Engagierte durch Förderscouts. Sie helfen, Fördergelder für
133 gemeinwohlorientierte Projekte zu beantragen. Wir bauen den Freiwilligendienst
134 aus, bei dem viele jungen Menschen sich engagieren und im Rahmen eines
135 freiwilligen Jahres Erfahrungen sammeln. Wir sorgen dafür, dass Freiwillige
136 zukünftig bei Kulturangeboten und beim ÖPNV ähnliche Vergünstigungen und
137 Ermäßigungen bekommen wie beispielsweise Schüler*innen, Azubis und Studierende.

138 Kommunalpolitisches Engagement erleichtern

139 Tausende Menschen übernehmen in NRW ehrenamtlich Verantwortung in der
140 Kommunalpolitik. Wir machen die kommunalen politischen Gremien fit für die
141 Digitalisierung. Dafür erweitern wir die Gemeindeordnung so, dass sie
142 demokratische Teilhabe digital möglich macht. Wir werden mit den Kommunen
143 sicherstellen, dass alle gewählten Vertreter*innen die technischen Möglichkeiten
144 haben, an digitalen Sitzungen teilzunehmen. Das umfasst Hardware, Software und
145 Schulungen.

146 Berufstätige und Menschen mit Verantwortung für Kinder oder Angehörige, die
147 gepflegt werden müssen, werden von dem derzeitigen hohen zeitlichen Mehraufwand
148 abgeschreckt. Dabei ist es begrüßenswert, wenn mehr Menschen mit
149 unterschiedlichen Hintergründen und Erfahrungen in der Kommunalpolitik
150 mitmischen. Mehr Personalmittel für hauptamtliche Unterstützung für die
151 Fraktionen in kommunalen Gremien entlasten die Mandatsträger*innen.

152 **Wir machen den Staat effektiv, transparent und** 153 **bürgernah**

154 Für einen attraktiven öffentlichen Dienst der Zukunft

155 Ob in Schulen, bei der Polizei, in Gerichten oder im Gesundheitsamt – gut
156 ausgebildete und motivierte Mitarbeitende sind das Fundament eines Staates, der
157 funktioniert und handlungsfähig bleibt. Doch dieses Fundament hält nicht von
158 allein. Wir müssen handeln um es zu für die Zukunft stärken. Derzeit sind ca.
159 20.000 Stellen in der Landesverwaltung unbesetzt. Unsere Behörden bestehen den
160 harten Wettbewerb um die besten Köpfe nur, wenn die Arbeit im öffentlichen
161 Dienst attraktiver wird. Gemeinsam mit den Interessensvertretungen für die
162 Beschäftigten und den Gewerkschaften werden wir deshalb einen neuen Rahmen für
163 einen modernen öffentlichen Dienst mit attraktiven Arbeitsbedingungen schaffen.
164 Den Kern bildet ein Lebensarbeitszeitkonto, mit dessen Hilfe Beschäftigte eine
165 flexible wöchentliche Arbeitszeit erhalten, um damit frühere Pensionierungen
166 oder Auszeiten zu schaffen. Wir werden auch die Voraussetzungen und
167 Rahmenbedingungen für mobiles Arbeiten überprüfen und anpassen, damit der
168 öffentliche Dienst auf der Höhe der Zeit bleibt. Nicht zuletzt werden wir die
169 Gleichstellung im öffentlichen Dienst vorantreiben. Denn in unseren Behörden
170 gibt es noch viel zu tun um die „gläserne Decke“ für Frauen zu überwinden und
171 ihnen gleichberechtigte Aufstiegschancen zu garantieren. Dafür werden wir die
172 Instrumente für eine gleichberechtigte Personalentwicklung nutzen und ausbauen.

173 Ein Staat, der funktioniert

174 In unseren Behörden geben tagtäglich gut ausgebildete Fachleute ihr Bestes für
175 unser Gemeinwesen. Und trotzdem ist der Kontakt zur Verwaltung für viele
176 Bürger*innen und Unternehmen umständlich. Das liegt oft an veralteter Technik
177 und überholten Strukturen und Abläufen. Wir investieren in den
178 bürgerfreundlichen, effektiven Staat mit einfacheren, grundsätzlich digitalen
179 Verfahren. Aber auch der direkte Kontakt und Vor-Ort-Termine bei den Behörden
180 bleiben für viele Menschen wichtig und müssen deshalb weiterhin möglich sein.
181 Nur mit einer zukunftsfähig aufgestellten Verwaltung kann der Staat die vielen
182 an ihn gerichteten Ansprüche und Aufgaben erledigen. Damit überall digital
183 gearbeitet wird, weiten wir das E-Government-Gesetz vollständig auf die Kommunen
184 aus. Das Land unterstützt die Kommunen bei der Implementierung digitaler
185 Verfahren und der entsprechenden Software, damit kein Flickenteppich entsteht,
186 in dem jede Kommune ihre eigene Lösung entwickelt. Und wir nutzen die
187 Digitalisierung der Verwaltungsabläufe, um gleichzeitig moderne Arbeitsweisen
188 einzuführen. Die Verwaltung der Zukunft arbeitet vernetzt und in Teams, mit
189 großer Transparenz nach innen, flexibel und mit flachen Hierarchien. Diese
190 Vision werden wir in ausgewählten Pilot-Behörden mit Ansätzen von „New Work“ und
191 agilen Methoden ausprobieren.

192 Der lernende Staat: gewappnet für die nächste Krise

193 Unser Land befindet sich seit einigen Jahren im Krisenmodus: Zuerst die
194 anhaltende Hitzewelle, dann die Pandemie und schließlich im Sommer 2021 das
195 verheerende Hochwasser: das alles beeinträchtigte und beeinträchtigt noch immer
196 unser aller Leben. Die Krisen decken aber auch schonungslos auf, wo Politik und
197 Verwaltung Nachholbedarf haben. Wir wollen aus ihnen lernen, damit unsere
198 Gesellschaft krisenfester wird. Denn die Herausforderungen werden angesichts der
199 Klimakrise in Zukunft nicht kleiner, sondern größer. Wir versetzen Politik und
200 Verwaltung in die Lage, vorausschauend und planvoll zu handeln. Wir machen
201 Vorsorge zu unserem Leitprinzip. In Nordrhein-Westfalen kommt der
202 Landesregierung dabei eine Schlüsselrolle zu. Wir brauchen eine bessere Kultur
203 der Zusammenarbeit und des Informationsaustausches zwischen den einzelnen
204 Behörden und Ebenen. Zur vorausschauenden Politik gehören Katastrophenpläne für
205 den Ernstfall und mehr Investitionen in Forschung. Wer gut vorbereitet ist, kann
206 planvoll handeln und Schaden abwenden. Deshalb gilt für uns: Eine wichtige
207 Grundlage für unsere Politik legen Wissenschaft und Forschung, sei es beim Klima
208 oder in Pandemien.

209 Transparenzoffensive starten, Korruption bekämpfen

210 Die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben ein Recht darauf zu wissen, wer sich
211 in welcher Weise an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt. Dafür führen wir ein
212 verbindliches und öffentliches Lobbyregister für die Landesregierung und den
213 Landtag sowie einen umfassenden „legislativen Fußabdruck“ ein. Dieser macht
214 transparent, welche Organisationen und Lobbyinteressen Einfluss auf die
215 Erarbeitung eines Gesetzes genommen haben. Das Abstimmungsverhalten der
216 Landesregierung im Bundesrat machen wir transparenter und setzen uns dafür ein,
217 dass dies für den ganzen Bundesrat leicht nachvollziehbar wird.

218 Nicht allein durch die Maskenskandale der Union ist offensichtlich geworden, wie
219 schnell Glaubwürdigkeit verloren geht und wie stark dieser Vertrauensverlust dem
220 Parlamentarismus zusetzt. Wir wollen daher das Abgeordnetengesetz überarbeiten,
221 sodass Parlamentarier*innen ihre Nebeneinkünfte ab dem ersten Euro angeben
222 müssen und ihnen bezahlte Arbeit für Lobbyorganisationen verboten ist. Die
223 Abkühlzeit für Mitglieder der Landesregierung vor einem Wechsel in Lobbyismus
224 verlängern wir auf die Dauer des Bezugs vom Übergangsgeld, längstens auf 24
225 Monate.

226 Wir setzen uns für den wirksamen Schutz von Whistleblower*innen ein. Sie
227 schützen die Beachtung der Rechtsordnung und damit das Funktionieren des
228 demokratischen Systems. Whistleblower*innen brauchen Schutzklauseln im
229 Dienstrecht, damit sie ohne Repressionen auf Missstände hinweisen können.
230 Hierfür schaffen wir eine unabhängige Prüfstelle und setzen uns für einen Fonds
231 zur finanziellen Unterstützung von Whistleblower*innen ein.

232 Korruption, Steuerhinterziehung und Geldwäsche sind Rechtsverstöße mit
233 verheerenden Auswirkungen auf den Wettbewerb und den freien Markt, für Umwelt
234 und Menschen. Wir gestalten die öffentliche Beschaffung transparenter und
235 schaffen Vorkehrungen gegen Interessenskonflikte. Wir wollen die Angebote zur
236 Korruptionsprävention der öffentlichen Verwaltung ausbauen und unterstützen die
237 Einrichtung von Ombudsstellen.

238 Sichere öffentliche IT - Offene und verfügbare Daten und 239 Software

240 Wir vertrauen der öffentlichen IT viel an. Ob Schüler*innendaten, Stromnetze
241 oder Krankenversorgung – ohne IT läuft nichts in unserer Gesellschaft. Jede
242 Sicherheitslücke kann fatale Folgen haben. Deshalb sichern wir höchste Standards
243 für IT- Sicherheit und Datenschutz bei Behörden des Landes und den Kommunen
244 gesetzlich ab. Deutlich mehr Behörden sollten außerdem den IT-Grundschutz des
245 Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik umsetzen. Wir fördern die
246 gemeinsame Forschung von Hochschulen, Unternehmen sowie Unternehmensgründungen
247 im Bereich IT-Sicherheit.

248 Auf öffentlich zugängliche Informationen zugreifen zu können, ist Grundlage
249 unseres demokratischen Staatsverständnisses. Land und Kommunen sammeln und
250 erstellen mit großem Aufwand riesige Datenmengen. Und die können sehr nützlich
251 sein, etwa für Medien, Bürger*inneninitiativen, die Wissenschaft oder auch
252 innovative Unternehmen. Wir ermöglichen mehr Teilhabe am "Datenschatz" in Form
253 von nicht personenbezogenen Daten. Was der Staat finanziert, muss auch allen
254 zugänglich sein. Wir schreiben in einem Informationszugangsgesetz fest, dass
255 staatliche Stellen ihre Informationen proaktiv maschinenlesbar und unter
256 Berücksichtigung der Open Data-Kriterien veröffentlichen. Mit uns werden Open
257 Data, Open Source und Open Access zum Standard für alle öffentlichen Stellen vom
258 Ministerium bis in die letzte Amtsstube.

259 **Wir begreifen Vielfalt als Stärke**

260 **Zusammen unsere Einwanderungsgesellschaft gestalten**

261 NRW ist der Inbegriff von Vielfalt. In unserem Bundesland leben 18 Mio.
262 Menschen, mehr als fünf Millionen von ihnen haben eine Einwanderungsgeschichte.
263 Damit verfügt unser Bundesland über eine Einwanderungsgeschichte, die es über
264 Jahrhunderte hinweg zu dem gemacht hat, was es ist. Die verschiedenen Etappen,
265 in denen Menschen aus den unterschiedlichsten Ländern unser Bundesland mit
266 verschiedensten kulturellen Einflüssen geprägt und bereichert haben, sind Teil
267 unserer Identität und müssen lebendig gehalten werden. Das Dokumentationszentrum
268 und Museum über die Migration in Deutschland (DoMiD e.V.) leistet dafür einen
269 wichtigen Beitrag, was wir auch in Zukunft unterstützen werden.

270 Wir setzen uns dafür ein, dass alle gleichermaßen sichtbar sind, dieselben
271 Chancen auf Teilhabe haben und ihre Stimmen Gehör finden. Wir wollen deshalb die
272 Mehrsprachigkeit in unserer Gesellschaft stärken, internationale
273 Menschenrechtsbildung ausbauen und Organisationen und Vertretungen von Menschen
274 mit Einwanderungsgeschichte stärker fördern und einbeziehen. Ihre angemessene
275 Repräsentation insbesondere in öffentlichen Institutionen ist eine Aufgabe, die
276 wir mit Nachdruck vorantreiben werden.

277 Wir sehen NRW auch in der Verantwortung, erinnerungskulturelle Angebote noch
278 breiter zu fassen und auch die deutsche Kolonialgeschichte und ihre Folgen
279 systematisch aufzuarbeiten. Hierzu wollen wir ein Konzept entwickeln, das sowohl
280 die historische Aufarbeitung der Verantwortung in NRW als auch eine
281 Auseinandersetzung mit dem Thema in Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie in
282 Stadt-Quartieren umfasst.

283 **Gemeinsam gegen Diskriminierung: Antidiskriminierungsgesetz** 284 **einführen und Antidiskriminierungsarbeit ausweiten**

285 Jeder Mensch ist anders, das macht unser Zusammenleben interessant und
286 dynamisch. Wir wollen eine Gesellschaft, in der sich alle Menschen mit
287 Selbstvertrauen und ohne Angst entfalten können. Die Chancen in unserem Land
288 sind aber immer noch nicht gleich verteilt. Immer noch erleben Menschen wegen
289 ihres Namens, aufgrund einer rassistischen Zuschreibung ihrer Religion, ihres
290 Geschlechts, ihrer sexuellen Identität, aufgrund einer Behinderung oder ihrer
291 sozialen Herkunft Diskriminierungen am Arbeitsplatz, bei der Wohnungssuche oder
292 in der Freizeit. Benachteiligungen gibt es auch in vielen anderen alltäglichen
293 Lebensbereichen, wie in der Schule oder bei Behördengängen. Diskriminierung in
294 Institutionen und Behörden findet dabei nicht unbedingt als absichtsvolle
295 Benachteiligung von Einzelpersonen statt, sondern hier spiegeln sich noch immer
296 Stereotype und Vorurteile – bewusst oder unbewusst – wider. Diesen strukturellen
297 Benachteiligungen werden wir mit mehreren Maßnahmen entgegenwirken.

298 Wir wollen es allen Menschen ermöglichen, Diskriminierungen in den
299 Zuständigkeitsbereichen des Landes – wie etwa der Schule oder der Polizei – zu
300 melden und gegen diese auch rechtlich vorzugehen. Die Möglichkeit für
301 Betroffene, sich effektiv gegen erlebte Diskriminierung zu wehren, werden wir
302 mit einer Landesantidiskriminierungsstelle und einem
303 Landesantidiskriminierungsgesetz ausbauen. Indem wir ein Verbandsklagerecht

304 einführen, können sich Betroffene auf Wunsch auch von ihren Verbänden vertreten
305 lassen.

306 Gleichzeitig braucht es ein engmaschiges und niedrigrschwelliges Unterstützungs-
307 und Beratungsnetz. Die bisherigen Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit
308 wollen wir deshalb flächendeckend ausbauen. Eine
309 Landesantidiskriminierungsstelle vertritt diese Servicestellen auf Landesebene
310 und schafft innovative Wege, um die Bevölkerung über Diskriminierungsformen
311 aufzuklären. Mit eigenen Studien soll die Landesantidiskriminierungsstelle
312 Diskriminierung und strukturelle Benachteiligungen offenlegen und gleichzeitig
313 Handlungsempfehlungen für die Antidiskriminierungspolitik in NRW erarbeiten.

314 Behörden der Zukunft: Partner der Vielfalt

315 Unsere Behörden sollen ein Spiegelbild und Dienstleister unserer vielfältigen
316 Gesellschaft sein. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind wichtige
317 Ansprechpartner*innen für Anliegen und Probleme. Egal, ob es um einen neuen Pass
318 oder um Wohngeld geht, der Gang zum Amt sollte für Jede*n gleichermaßen
319 zugänglich, verbindlich und verständlich sein.

320 Unser Ziel ist es, die Verschiedenheit unserer Gesellschaft, die wir in NRW
321 bereits leben und die uns ausmacht, in unsere Verwaltung zu tragen und sie dort
322 zu verankern. Darin unterstützen wir unsere Landesbehörden und Kommunen. Daher
323 intensivieren wir für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst auf Landesebene
324 Weiterbildungsmaßnahmen, die internationale Menschenrechte, Interkulturalität
325 und Antidiskriminierung beinhalten. Mehrsprachigkeit in Behörden, bei der
326 Polizei und in Notdiensten bauen wir aus, egal, ob der Kontakt online,
327 telefonisch oder persönlich erfolgt. Unser Ziel ist, dass öffentliche
328 Einrichtungen die soziale und kulturelle Vielfalt unserer Gesellschaft abbilden.
329 Dafür entwickeln wir verbindliche und messbare Zielvorgaben in den Behörden.
330 Auch sollten sich Führungskräfte mit internationaler Biographie in den
331 Verwaltungen stärker miteinander vernetzen können.

332 Barrierefrei leben – Teilhabe ohne Schranken

333 Jeder Mensch hat eigene Wünsche und Träume. Sie können sich auf die Berufswahl
334 beziehen, auf Freizeitaktivitäten oder eine bestimmte Wohnform, in der man leben
335 möchte. Die Chancen, sich eigene Ziele zu stecken und diese zu erreichen, müssen
336 in einer diversen und inklusiven Gesellschaft gleich verteilt sein. Die UN-
337 Behindertenrechtskonvention basiert auf dem Menschenrecht auf eine
338 gleichberechtigte Teilhabe. Ihre Umsetzung wollen wir konsequent voranbringen.
339 Zum Beispiel sollen Menschen, die im Rollstuhl in der Stadt unterwegs sind, ohne
340 große Umwege und ohne fremde Hilfe ihr Ziel erreichen. Kinder und Jugendliche,
341 egal ob mit oder ohne Behinderung, sollen den Beruf erlernen können, für den sie
342 sich interessieren. Sich ehrenamtlich zu engagieren, zum Beispiel ein
343 politisches Mandat zu bekleiden oder in einem Sportverein mitzuwirken, soll
344 allen Menschen möglich sein. Auf dem Arbeitsmarkt erinnern wir Unternehmen und
345 Ausbildungsbetriebe an ihre Pflicht, Menschen mit Behinderung einzustellen und
346 überzeugen sie von den Vorteilen. Wir planen Barrierefreiheit durch Änderungen
347 im Bauwesen von Beginn an ein, wenn Schulen oder Wohnungen gebaut werden.
348 Politische Abläufe und Verwaltungsprozesse kommunizieren wir in leichter
349 Sprache, in Gebärdensprache oder in Blindenschrift. Wir fördern die

350 organisierten Selbstvertretungen von Menschen mit Behinderung und finden
351 gemeinsam mit ihnen Lösungen für die Bereiche, die noch nicht für alle
352 auffindbar, zugänglich und nutzbar sind. Nur so garantieren wir echte Teilhabe.

353 Lernen für religiöse Vielfalt und Toleranz

354 Ob und was Schüler*innen in NRW glauben, wird immer vielfältiger. Deshalb ist es
355 wichtig, dass jede*r Schüler*in von der ersten Klasse an wirklich die freie Wahl
356 hat, am konfessionellen Religionsunterricht oder an einem altersgemäßen
357 Philosophieunterricht teilzunehmen. Hemmnisse für den seit 2015 möglichen Umbau
358 von Bekenntnisschulen in bekenntnisfreie Grundschulen werden wir abbauen. Wir
359 unterstützen den islamischen Religionsunterricht auf Grundlage unserer
360 Verfassung. Er leistet einen wichtigen Beitrag für die Gleichberechtigung und
361 Integration muslimischen Lebens. Dafür wird eine entsprechende akademische
362 Ausbildung des Lehrpersonals in Deutschland, in unserem Fall in NRW, benötigt.
363 Wir wollen die Stimmen liberaler Muslime in der Kommission für islamischen
364 Religionsunterricht stärken. Aus anderen Staaten gesteuerte Verbände gehören
365 nicht in die Kommission. Mittelfristig wollen wir den Religionsunterricht im
366 Diskurs mit den Religionsgemeinschaften – auf Basis des Grundgesetzes, in dem
367 dieses Fach verankert ist – zu einem gemeinsamen konfessionellen Unterricht
368 weiterentwickeln, der auch den islamischen Religionsunterricht mit einbezieht.
369 Dieser Unterricht verbindet und bietet Orientierung und Verständigung in
370 unserer vielfältigen Gesellschaft.

371 Das Recht auf Religionsfreiheit schützen

372 Religion ist für viele Menschen in NRW ein wichtiger Bestandteil ihres Alltags
373 und prägender Teil der eigenen Identität und der Deutung der Welt. Die Freiheit,
374 den eigenen Glauben zu leben, ist ein Menschenrecht ebenso wie das Recht, keine
375 Weltanschauung oder Religion auszuüben. Der Staat muss diese Rechte
376 gewährleisten und schützen. Religionsgemeinschaften sind wichtiger Teil unserer
377 Zivilgesellschaft. In ihnen engagieren sich viele Menschen für die Gemeinschaft,
378 sie sind Räume für Engagement und prägen und bieten Heimat. Voraussetzung für
379 einen positiven Beitrag zur demokratischen Gesellschaft ist, dass
380 Religionsgemeinschaften die Grundprinzipien der Verfassung achten, sich dem
381 öffentlichen Diskurs stellen und nicht fundamentalistisch agieren. Das gilt
382 insbesondere dann, wenn sie mit dem Staat kooperieren. Islamische Gemeinschaften
383 können und sollen als Religionsgemeinschaften anerkannt werden, wenn sie die
384 rechtlichen Voraussetzungen dafür erfüllen, denn muslimisches Leben gehört zu
385 NRW. Die vier großen muslimischen Verbände erfüllen diese Voraussetzungen aber
386 derzeit nicht. Wir unterstützen die Imam-Ausbildung in NRW und werden
387 muslimisches Engagement fördern. Jüdinnen und Juden sind ein Teil unserer
388 vielfältigen Gesellschaft. Gemeinsam mit den jüdischen Gemeinden und
389 Institutionen wollen wir die Vielfalt jüdischen Lebens noch sichtbarer machen
390 und Begegnung und Austausch ermöglichen. Antisemitismus in all seinen Facetten
391 werden wir uns konsequent entgegenstellen.

392 Verhältnis von Staat und Kirche weiterentwickeln

393 Die christlichen Kirchen sind für uns ein wichtiger Bündnispartner im Kampf für
394 Menschenrechte, die Seenotrettung, den Kampf gegen die Klimakrise oder für eine

395 gerechtere Welt. Das Land und die Kommunen pflegen viele Kooperationen mit ihnen
396 – etwa im Bereich Bildung oder Gesundheitsversorgung. Diese gewachsene Beziehung
397 wollen wir erhalten und wo nötig weiterentwickeln, denn der Staat muss selbst
398 grundsätzlich weltanschaulich neutral handeln. So plädieren wir für eine Novelle
399 des Feiertagsgesetzes, die an „stillen“ Feiertagen das bestehende, generelle
400 Verbot von Kultur- und Tanzveranstaltungen begrenzt. Außerdem wollen wir, dass
401 Angehörigen religiöser Minderheiten ein individueller Feiertag ermöglicht wird –
402 sowohl in der Schule wie auch im Arbeitsleben. Wir unterstützen das Anliegen,
403 die Kirchengabengebühr abzuschaffen und im Dialog mit den Kirchen dem
404 Auftrag des Grundgesetzes endlich nachzukommen und die altrechtlichen
405 Staatsleistungen abzulösen.

406 **Wir fördern Selbstbestimmung und Gleichstellung**

407 **Die Hälfte der Macht den Frauen**

408 Es ist Zeit für eine feministische Regierung und Politik in NRW, mit der wir uns
409 alle gemeinsam für Geschlechtergerechtigkeit einsetzen. Frauen verdienen die
410 Hälfte der Macht – im Landtag und in den Gemeinderäten genauso wie in
411 Schlüsselstellen der Verwaltung. Gremien besetzen wir deshalb grundsätzlich
412 mindestens zur Hälfte mit Frauen. Mit einem Paritätsgesetz sorgen wir dafür,
413 dass zur Wahl des Landtags 2027 auch in den anderen Parteien deutlich mehr
414 Frauen auf den Landeslisten und in den Direktwahlkreisen zur Wahl stehen.
415 Gleichstellung ist eine Querschnittsaufgabe, denn sie berührt alle politischen
416 und gesellschaftlichen Bereiche: die Stadtplanung genauso wie die Planung von
417 Kitas und Ganztagsbetreuung, die Wirtschaftsförderung oder die Unterstützung
418 lokaler Projekte und Initiativen. Wir sorgen dafür, dass die Interessen und
419 Bedarfe von Frauen und Mädchen bei allen politischen Entscheidungen
420 berücksichtigt werden.

421 Das Land und die Kommunen bewegen Gelder in Milliardenhöhe, planen Straßen,
422 unterstützen Unternehmen und investieren viel Geld in die kommunale
423 Infrastruktur. Haushaltspolitik ist aber nicht geschlechterblind.
424 Finanzentscheidungen haben unterschiedliche Auswirkungen auf Frauen und Männer.
425 Wir stärken eine geschlechtergerechte Haushaltspolitik durch die konsequente
426 Umsetzung eines Gender-Budgeting-Ansatzes und stellen sicher, dass öffentliche
427 Investitionen und Ausgaben den Geschlechtern gleichermaßen zugutekommen. Für die
428 echte Chancengleichheit von Frauen und Männern benötigen wir Forschung zum Thema
429 Geschlechtergerechtigkeit. Wir möchten daher den Wissenschaftsbereich der Gender
430 Studies fördern und ausbauen, um große Erkenntnislücken endlich zu schließen und
431 wissenschaftlich fundiert Politik zu machen.

432 **Frauen verdienen – Wirtschaftliche Unabhängigkeit stärken**

433 Unser Ziel: Frauen verdienen für gleichwertige Arbeit den gleichen Lohn, sind
434 wirtschaftlich unabhängig und im Alter gut abgesichert. Was selbstverständlich
435 klingt, muss endlich Realität werden! Wir setzen uns ein für eine gerechte
436 Bezahlung und faire Arbeitsbedingungen in systemrelevanten Care-Berufen wie
437 Pflege und Erziehung, die zu über 70 Prozent von Frauen ausgeübt werden. Und wir
438 nutzen die Möglichkeiten der Landespolitik, um die wirtschaftliche Situation von

439 Frauen zu verbessern und Beruf und Familie besser „unter einen Hut“ zu bekommen.
440 Grundlage dafür ist der Ausbau von Betreuungsplätzen in Kindertagespflege, Kita
441 und Ganztagsbetreuung in der Grundschule. In einem Modellprojekt helfen wir
442 berufstätigen Eltern, insbesondere einkommensschwachen und Alleinerziehenden,
443 Unterstützung durch Reinigungskräfte und Kinderbetreuung zu buchen – fair
444 bezahlt, versichert und sozial abgesichert. Damit schaffen wir gleichzeitig
445 Perspektiven jenseits von Schwarzarbeit oder ausbeuterischen
446 Arbeitsverhältnissen im haushaltsnahen Dienstleistungssektor.

447 Queeres Leben in NRW – selbstbestimmt und 448 diskriminierungsfrei

449 Wir streiten seit unserer Gründung dafür, dass Lesben, Schwule, Bisexuelle,
450 Trans*, Inter*- und queere Menschen (LSBTIQ*) in NRW selbstbestimmt, ohne
451 Ausgrenzung und Angst leben können. Vielfalt ist gelebter Alltag in unserem Land
452 und die vielen CSDs und Pride Demonstrationen haben längst einen festen Platz in
453 unserer Gesellschaft. Trotzdem gehören Ausgrenzung und Diskriminierung für viele
454 queere Menschen zu ihren alltäglichen Erfahrungen. Deshalb werden wir
455 Betroffenen und Verbänden das Recht geben, rechtlich gegen Diskriminierung
456 vorzugehen. Das schreiben wir in einem Landesantidiskriminierungsgesetz fest.
457 Wir stärken queeres Leben und die Vielfalt unserer Zivilgesellschaft, indem wir
458 den „Aktionsplan für queeres Leben“ weiterentwickeln. Er sorgt für
459 Gleichstellung durch Aufklärung, Bildung und Schutz. Wir bauen das Angebot von
460 Beratung, Koordination, Kinder- und Jugendarbeit und Selbsthilfegruppen aus und
461 stärken es. Insbesondere auch jenseits der großen Städte wollen wir Angebote
462 schaffen und bestehende finanziell absichern. Außerdem legen wir ein wirksames
463 Konzept für die Bekämpfung von Hasskriminalität vor. Dazu gehören fachlich
464 qualifizierte und lokal verankerte Kontaktstellen für LSBTIQ*, die Opfer von
465 Hasskriminalität und Gewalt geworden sind.

466 Sexarbeiter*innen verdienen unsere Unterstützung

467 Wir trennen klar zwischen Sexarbeit und Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung.
468 Letzterer ist ein abscheuliches Verbrechen, das wir mit allen Mitteln bekämpfen.
469 Sexarbeiter*innen brauchen, wie andere Berufstätige auch, sichere
470 Arbeitsbedingungen sowie eine Kranken- und Sozialversicherung. Wir sichern
471 spezialisierte Beratungsstellen, insbesondere im ländlichen Raum, die
472 Sexarbeiter*innen beraten, unterstützen und bei Bedarf auch Hilfe beim Ausstieg
473 aus der Sexarbeit leisten. Wir stärken die rechtliche und soziale Lage von in
474 der Sexarbeit tätigen und wirken Diskriminierung und Stigmatisierung entgegen.
475 Das geht am besten, wenn wir mit den Betroffenen im Austausch stehen und ihre
476 Lebensrealität genau kennen. Wir werden den Runden Tisch Prostitution wieder ins
477 Leben rufen.

478 **Wir schützen Menschenrechte: Humanitär und fair**
479 **für Geflüchtete**

480 **NRW wird sicherer Hafen: Landesaufnahmeprogramm für**
481 **Geflüchtete**

482 Wir wollen jenen Menschen Schutz bieten, die vor Gewalt und Krieg fliehen
483 müssen. Aber noch immer verharren Geflüchtete dicht gedrängt in provisorischen
484 Lagern auf den griechischen Inseln oder an den europäischen Außengrenzen. Noch
485 immer ertrinken jedes Jahr viel zu viele Menschen auf der Flucht im Mittelmeer.
486 Die europäische Flucht- und Asylpolitik muss menschlicher werden. Statt die
487 Festung Europa weiter auszubauen und uns abzuschotten, müssen wir neue und
488 verschiedene Zugänge schaffen und Zuwanderung erleichtern. Wir unterstützen das
489 Engagement von zivilen Seenotretter*innen. Sie springen dort ein und retten
490 Menschenleben, wo die Institutionen der Europäischen Union versagen. Wir stehen
491 an der Seite der zahlreichen Kommunen in NRW, die Geflüchteten in Not einen
492 Sicheren Hafen bieten. Mit einem eigenen Landesaufnahmeprogramm wollen wir diese
493 Bereitschaft zur Aufnahme von Menschen in besonders prekären Notsituationen, wie
494 etwa für aus Seenot Gerettete, unterstützen. So soll das Land in Zusammenarbeit
495 mit den Kommunen die Möglichkeit erhalten, Menschen auf der Flucht bei uns
496 Schutz zu bieten. Zudem wollen wir erreichen, dass sich NRW mit einem
497 Sonderprogramm an der Aufnahme jesidischer Frauen aus dem Nordirak beteiligt.

498 **Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten: dezentral,**
499 **kommunal und humanitär**

500 Wir brauchen klare Maßstäbe für die Unterbringung und Versorgung von
501 Geflüchteten hier in NRW. Die individuellen Bedürfnisse, Wünsche und
502 Möglichkeiten von Kindern, Familien oder chronisch Kranken müssen wir dabei
503 stets im Blick behalten. Lange Aufenthaltszeiten in Landesunterkünften lehnen
504 wir ab. Wir müssen weg von übergroßen und isolierten Einrichtungen hin zu
505 dezentralen und kleineren Wohneinheiten. Denn gerade in den ersten Wochen
506 brauchen Menschen mit einer Fluchtgeschichte Ruhe und Privatsphäre in
507 geschützten Räumen, wo sie ankommen und sich sicher fühlen können.
508 Ehrenamtliche, die freie Wohlfahrtspflege und andere zivile Akteure leisten bei
509 der Beratung und Betreuung der Geflüchteten einen unerlässlichen Beitrag, den
510 wir hoch schätzen und weiterhin stärken wollen. Ebenso ist eine umfassende
511 Gesundheitsversorgung zentral. Auch hier wollen wir neue Standards setzen, die
512 helfen, Erkrankungen frühzeitig zu identifizieren und entsprechend zu behandeln.
513 Geflüchteten Kindern, die in den Landesunterkünften untergebracht sind, werden
514 wir den Zugang zum Unterricht in Regelschulen ermöglichen.

515 Eine qualitativ hochwertige Flüchtlings- und Integrationspolitik gelingt nur im
516 Schulterschluss mit den Kommunen. Wir wollen die Kommunen dabei unterstützen,
517 gemeinsam verbindliche Standards für Flüchtlingsunterkünfte zu entwickeln, die
518 die individuellen Schutzbedürfnisse der Betroffenen beachten. Um die Kommunen
519 hier zu unterstützen, erhöhen wir die Pauschale im Flüchtlingsaufnahmegesetz,
520 die keine Unterscheidung zwischen Asylbewerber*innen und Geduldeten macht.

521 Integration von Anfang an ermöglichen und sichere 522 Bleibeperspektiven schaffen

523 Wir wollen Integrations-, Teilhabeangebote und Sprachkurse von Anfang an für
524 alle Geflüchteten ermöglichen, unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Sie schaffen
525 für die Ankommenden die Basis für ein eigenständiges Leben in unserer
526 Gesellschaft. Damit auch Frauen mit Kindern die Kurse belegen und erfolgreich
527 abschließen können, bauen wir begleitende Kinderbetreuungsangebote aus. Als
528 wichtige Partner wollen wir die kommunalen und zentralen Ausländerbehörden
529 stärker in Integrationsprozesse einbinden. Diese neuen „Willkommensbehörden“
530 sollen Migrant*innen, insbesondere Geflüchtete, bei ihrem Weg zu mehr
531 gesellschaftlicher Teilhabe und Arbeitsmarktintegration begleiten und fördern
532 und ebenso die Spielräume für Bleibeperspektiven für Geduldete weitreichend
533 nutzen. Wir setzen uns beim Bund dafür ein, dass Abschiebehindernisse gewahrt
534 bleiben und besonders zu schützende Personengruppen wie Sinti*innen und Rom*innen und
535 wegen Gewalt gefährdete Frauen vor einer Abschiebung in Unrechtsregime und
536 Kriegsregionen bewahrt werden. Asylverfahren müssen zügiger bearbeitet werden,
537 aber gleichzeitig immer fair, individuelle Bedürfnisse berücksichtigen und
538 transparent sein. Bei einer Aufenthaltsbeendigung müssen Abschiebungen immer das
539 letzte Mittel sein. Wir setzen uns dafür ein, mildere Mittel zur Abschiebehaft
540 als Alternative auszuschöpfen und wollen garantieren, dass die Rechte der
541 Betroffenen geachtet werden. Denn die Inhaftierung von Menschen, die sich nichts
542 haben zuschulden kommen lassen, stellt eine massive Einschränkung ihrer Rechte
543 dar. Abschiebungen in Kriegs- und Krisenländer, wie aktuell Afghanistan und
544 Syrien, lehnen wir grundsätzlich ab.

545 **Wir stärken das Vertrauen in den Rechtsstaat**

546 Justiz modernisieren und entlasten

547 Unsere Gerichte kämpfen schon jetzt mit dem Fachkräftemangel. In den nächsten
548 Jahren werden überdurchschnittlich viele Richter*innen und Staatsanwält*innen in
549 Pension gehen. Darauf müssen wir frühzeitig reagieren. Deshalb benötigen wir
550 moderne, flexiblere und familienfreundlichere Strukturen, die insbesondere für
551 Frauen die Tätigkeit in der Justiz attraktiver machen. Momentan ist die Justiz
552 mit zu vielen Aufgaben betraut. Dadurch dauern Verfahren viel zu lang. Um die
553 Strafverfolgung effektiver zu machen, werden wir die Justiz neben einer
554 Personalaufstockung von einigen Aufgaben entlasten. Wir werden die gesetzlichen
555 Bestimmungen dafür schaffen, dass in Nordrhein-Westfalen niemand wegen
556 Bagatelldelikten zu einer Haftstrafe verurteilt wird. Hierzu werden wir
557 Vereinbarungen mit den Verkehrsverbänden abschließen, um ticketloses Fahren als
558 nicht anzuzeigenden Vertragskonflikt einzustufen. Zudem wollen wir die NRW-
559 Richtlinien zum Besitz und Konsum von Cannabis anpassen und den Grenzwert auf 15
560 Gramm anheben. Ersatzfreiheitsstrafen wollen wir weitgehend abschaffen und durch
561 ein System der Abgeltung durch gemeinnützige Arbeit ersetzen. Auch den
562 Jugendarrest, insbesondere den Freizeitarrrest, wollen wir auf den Prüfstand
563 stellen. Sie sind als Mittel der Abschreckung wie auch der Erziehung ungeeignet.
564 Wir halten individuelle Angebote für sinnvoller. Besonders der so genannte
565 Warnschussarrest widerspricht dem wichtigen Strafrechtsgrundsatz der
566 Verhältnismäßigkeit.

567 Unfaire Geldstrafen durch gemeinnützige Arbeit ersetzen

568 Wir wollen Ersatzfreiheitsstrafen weitgehend abschaffen und durch ein System der
569 Abgeltung durch gemeinnützige Arbeit ersetzen. Ein wichtiges Prinzip des
570 Rechtsstaates ist es, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind und Strafen
571 ohne Ansehen der Person von unabhängigen Gerichten verhängt werden. Das ist
572 derzeit nicht uneingeschränkt gewährleistet, da verhängte Geldstrafen von
573 Menschen mit entsprechendem wirtschaftlichem Hintergrund leicht aus der
574 Portokasse bezahlt werden können, arme Menschen hingegen in manchen Fällen
575 ersatzweise ins Gefängnis müssen. Das ist nicht nur ungerecht und bestraft
576 Vermögenlose doppelt, es erzielt auch nicht den erhofften abschreckenden Effekt
577 bei Vermögenden. Die Abgeltung von (Geld-)Strafen durch gemeinnützige Arbeit
578 gibt der Gesellschaft etwas zurück und dürfte einen stärkeren
579 selbstreflektierenden Effekt haben.

580 Bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen in Haftanstalten

581 Eine Gesellschaft muss sich auch daran messen lassen, wie sie mit Straftätern
582 umgeht. Und auch diejenigen, die mit Inhaftierten arbeiten, haben gute
583 Arbeitsbedingungen verdient. Wir streben eine Verbesserung des
584 Personalschlüssels an und wollen den Berufsweg im Justizvollzugsdienst insgesamt
585 attraktiver gestalten. Denn die Beschäftigten in den Haftanstalten kämpfen mit
586 einer sehr hohen Arbeitsbelastung und Überstunden-Kontingenten. Das führt zu
587 einem erhöhten Krankenstand und Einschränkungen für die Gefangenen (weniger
588 Unterricht, Sportangebote, Therapieplätze, Arztbesuche usw.). Einen Schwerpunkt
589 bei zusätzlich geschaffenen Stellen sollten die Fachdienste im psychologischen,
590 pädagogischen, seelsorgerischen und medizinischen Bereich bilden. Laut Gesetz
591 haben Inhaftierte Anspruch auf eine humane Unterbringung. Der jetzige, oft
592 auffällige Zustand einiger Haftanstalten darf deshalb kein Dauerzustand bleiben.
593 Zudem birgt er Sicherheitsrisiken, wie zum Beispiel mangelnden Brandschutz. Eine
594 Modernisierungsoffensive bietet dabei auch Chancen für eine menschenwürdige
595 Neukonzeption von Haftanstalten in baulicher und architektonischer Hinsicht.
596 Damit werden Möglichkeiten geschaffen, Vollzugspläne bzw. -ziele
597 erfolgversprechender umzusetzen und auch den Bediensteten den Arbeitsalltag zu
598 erleichtern.

599 Einfach an dein Recht kommen

600 Jeder Mensch in NRW muss einfach an sein Recht kommen. Wir wollen, dass
601 Menschen, die aufgrund ihrer persönlichen oder wirtschaftlichen Verhältnisse
602 nicht aus eigenen Mitteln den Rechtsweg beschreiten können, noch besser proaktiv
603 über ihre Rechte und Möglichkeiten zu Beratungs-, Verfahrens- und
604 Prozesskostenhilfe in einfacher und verständlicher Sprache aufgeklärt werden.

605 Wir werden mit konkreten Projekten das Vertrauen in unseren Rechtsstaat stärken.
606 So wird unter anderem nach dem Berliner Vorbild das Projekt „Wir im Rechtsstaat“
607 auch in Nordrhein-Westfalen eingeführt. Hier geben Richter*innen und
608 Staatsanwält*innen halbtägige Kurse, in denen Bürger*innen über ihre Rechte und
609 Pflichten im deutschen Rechtsstaat aufgeklärt werden. Die Kurse werden z.B. in
610 Vereinen, Flüchtlingsunterkünften oder Schulen stattfinden.

611 Jede*r Bürger*in hat in Nordrhein-Westfalen das Recht auf ein faires Verfahren.
612 Das ist in unserem Rechtsstaat eine zentrale Botschaft, auf die Verlass sein
613 muss. Vorurteile und Pauschalisierungen sind bestehende Hindernisse, die diesem
614 Recht entgegensteht. Mit Aktionstagen und Fortbildungen sensibilisieren wir alle
615 Mitarbeitenden in der Justiz für Vielfaltsthemen wie Migration, Religion,
616 Behinderung, Gender und LSBTQI*, um individuelle und strukturelle Barrieren
617 abzubauen und um zukünftig untereinander und im Umgang mit Bürger*innen
618 möglichst diskriminierungsfrei zu agieren.

619 Starkes Recht gegen Hass und Hetze

620 Das Internet und Soziale Medien nehmen immer mehr Platz im gesellschaftlichen
621 Leben ein. Neben vielen Erleichterungen und neuen Möglichkeiten sich zu
622 vernetzen sind dort auch Räume für verachtende, beleidigende, rassistische und
623 diskriminierende Kommentare und Handlungen entstanden. Diese „Hate Speech“ kann
624 für die direkt Betroffenen auch in der analogen Welt zur echten Gefahr werden.
625 Zudem ist „Hate Speech“ schädlich für die demokratische Debattenkultur, da
626 rechtsextreme Akteure immer wieder versuchen, demokratische Positionen, die für
627 Vielfalt und Minderheitenrechte einstehen, zum Verstummen zu bringen. Zur
628 Bekämpfung von Hassrede und Gewalt im Netz sind eine effektive Strafverfolgung,
629 eine zwischen Bund und Land gut verzahnte Meldestruktur, eine personell gut
630 ausgestattete Beratungsstruktur sowie Öffentlichkeitskampagnen notwendig, die
631 sich Hass und Hetze entgegenstellen. Wir werden außerdem die Zentral- und
632 Ansprechstelle „Cybercrime“ auf den Bereich der „Hate-Speech“ erweitern und so
633 eine zentrale und kompetente Strafverfolgungsbehörde gegen „Hate-Speech“
634 aufbauen.

635 Wir sichern den Schutz vor Gewalt

636 Kinder besser schützen

637 Nicht erst seit den furchtbaren Fällen von Kindesmissbräuchen in Lügde, Münster
638 und Bergisch-Gladbach wissen wir: Beim Schutz von Kindern vor sexualisierter
639 Gewalt – im persönlichen Umfeld und im Internet – sowie anderen Formen der
640 Kindeswohlgefährdung, bleibt weiter viel zu tun. Der Untersuchungsausschuss zu
641 den Fällen sexualisierter Gewalt in Lügde hat gravierende Mängel in der
642 staatlichen Struktur zum Schutz von Kindern aufgedeckt. Diese vielschichtigen
643 Mängel wollen wir mit großem Nachdruck beseitigen. Gemeinsam mit den Kommunen
644 und den Landesjugendämtern werden wir dafür sorgen, dass überall in NRW die
645 gleichen fachlichen und personellen Standards in der Jugendhilfe gelten. Wir
646 stärken die Netzwerke des Kinderschutzes vor Ort. Alle am Kinderschutz
647 Beteiligten aus Jugendhilfe, Justiz, Polizei, Bildungs- und Gesundheitswesen
648 arbeiten in Zukunft in verlässlichen und dauerhaften Netzwerken zusammen. Die
649 Koordination dieses Netzwerkes in der Kommune finanziert das Land.

650 Wir richten die Stelle eines*einer unabhängigen Landesbeauftragten für die
651 Belange des Kinderschutzes und der Kinderrechte ein. Wir stärken kindgerechte
652 Verfahren in Justiz und Polizei sowie die Fortbildung von Richter*innen und
653 Staatsanwält*innen und in der Polizei. Dort sollen auch Kompetenzen bei

654 kindgerechten Vernehmungen gestärkt werden. Wir wollen dafür sorgen, dass den
655 Betroffenen bei der Polizei kompetente Partner*innen zur Seite stehen.

656 Gewalt gegen Frauen und genderqueere Personen entschieden 657 bekämpfen

658 Jede Frau, die von Gewalt betroffen oder bedroht ist, muss in NRW Unterstützung
659 und Schutz finden. Das ist unser Anspruch. Dafür stärken wir das bestehende
660 System der Frauenhäuser, Frauenberatungsstellen, Notrufe und
661 Interventionsstellen. Die Frauenhilfestruktur werden wir durch langfristige
662 Finanzierungszusagen unterstützen. Gleichzeitig entwickeln wir das Schutz- und
663 Unterstützungssystem mit allen Beteiligten weiter. So wird das Angebot
664 barrierefreier und richtet sich künftig stärker auch an Kinder, die Opfer von
665 häuslicher Gewalt sind und gezielte Hilfs- und Unterstützungsangebote brauchen.
666 Auch für genderqueere Personen wollen wir eine passgenaue Unterstützung
667 schaffen, die unter anderem durch separate Rückzugsräume und speziell geschultes
668 Personal gewährleistet wird.

669 Wir entwickeln das Hilfesystem so weiter, dass Opfer von geschlechtsspezifischer
670 Gewalt die Unterstützung erfahren, die sie brauchen. Dazu werden wir modellhaft
671 Clearingstellen erproben, die allen Frauen rund um die Uhr offenstehen und sie
672 dabei unterstützen, die passgenaue Hilfe zu finden. Außerdem setzen wir bei
673 Polizei und Justiz Schwerpunkte bei der effektiven Bekämpfung von Gewalttaten
674 gegen Frauen und queere Personen. Das beinhaltet schnelle Ermittlungen, schnelle
675 Strafverfahren und eine bessere Bewertung von Risikofällen.

676 Häusliche Gewalt koordiniert bekämpfen

677 Wir werden in NRW eine Koordinierungsstelle zur Verhütung und Bekämpfung von
678 Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt schaffen. Damit setzen wir die
679 Istanbul-Konvention weiter um, zu der NRW sich bekannt hat. Die Stelle bringt
680 verschiedenen Hilfsangebote zusammen und unterstützt die Weiterentwicklung der
681 Gewaltschutz-Einrichtungen und ihrer Zusammenarbeit. Darüber hinaus werden wir
682 ein Monitoring zum Umsetzungsstand der Istanbul-Konvention in NRW entwickeln.

683 Auch Männer werden Opfer häuslicher Gewalt. Wir werden die Schutz- und
684 Unterstützungsstrukturen, die sich an männliche Opfer von Gewalt richten,
685 ausbauen. Das erfordert zusätzliche Ressourcen und darf nicht zulasten der
686 bestehenden Frauenhilfeinfrastruktur gehen. Die Interventionsstellen bei
687 häuslicher Gewalt wollen wir finanziell stärken und als Anlaufstellen für alle
688 Opfer häuslicher Gewalt, unabhängig vom Geschlecht, weiterentwickeln.

689 Betroffene unterstützen, die den Gerichtsprozess wagen

690 Opfer von Sexualdelikten, Stalking und Bedrohungen erstatten in viel zu vielen
691 Fällen keine Anzeige. Ein Grund dafür ist die hohe Belastung der Opfer im
692 anschließenden Gerichtsprozess. Das werden wir ändern und uns für eine den
693 Vorwürfen angepasste Zeugenvernehmung einsetzen. Kein Opfer solcher Straftaten
694 darf mehr Angst davor haben, die Täter anzuzeigen. Zudem werden wir die
695 „Childhood“-Häuser in NRW stärken, in denen die notwendige Begleitung von

696 Kindern und Jugendlichen bei Missbrauchserfahrung in kinderfreundlicher Umgebung
697 unter einem Dach koordiniert und strukturiert wird.

698 Neue Wege beim Opferschutz und bei der Resozialisierung

699 Wir werden neue Wege beim Opferschutz und bei der Resozialisierung straffällig
700 gewordener Menschen gehen, um für mehr Sicherheit für die Bevölkerung zu sorgen.
701 Im neuen Landesresozialisierungs- und Opferschutzgesetz werden wir den
702 Opferschutz stärken und bei der Resozialisierung mitberücksichtigen. Außerdem
703 werden wir den Übergang vom Strafvollzug in die Freiheit besser organisieren, so
704 dass ehemalige Straftäter*innen besser Fuß fassen können und Unterstützung
705 beispielsweise durch Sozialarbeiter*innen erhalten.

706 Oft ist die Haft nicht die gesellschaftlich sinnvollste Strafe, da sie den
707 Bestraften auch nach der Verbüßung ausgrenzt. Deshalb werden wir alternative
708 Sanktionsformen im Sinne von Haftvermeidung stärker in den Vordergrund rücken.
709 Insgesamt werden wir mit der Vereinheitlichung von Gesetzes- und
710 Verwaltungsvorschriften für mehr Klarheit bei Struktur und Zuständigkeiten
711 sorgen, so dass mehr Personal und Geld für den effektiven Opferschutz und die
712 Resozialisierung zur Verfügung steht. Sowohl der Opferschutz als auch die
713 Verbesserung der Lebenslage straffällig Gewordener stehen dabei für uns im
714 Mittelpunkt.

715 **Wir stärken die Sicherheit und schützen** 716 **Bürger*innenrechte**

717 Mehr Sicherheit mit unserer Polizei: bürger*innenorientiert,
718 professionell und gut ausgestattet

719 Dass Nordrhein-Westfalen ein grundsätzlich sicheres Land ist, liegt auch an der
720 guten Arbeit der Polizei. Als Trägerin des staatlichen Gewaltmonopols muss sie
721 gut aus- und fortgebildet, personell gut aufgestellt und angemessen ausgestattet
722 sein. Wir nehmen das Leitbild der Polizei-NRW ernst und wollen eine
723 bürgerorientierte, professionelle und rechtsstaatliche Polizei. Die hohen
724 Einstellungszahlen in der Polizei werden wir aufrechterhalten und dabei die
725 Vielfalt der Gesellschaft auch in der Polizei abbilden. Wir wollen für mehr
726 Beamte*innen im Bezirks- und Schwerpunktdienst sorgen, um die wichtige
727 sozialraumorientierte Polizeiarbeit im „Veedel“ oder Stadtteil zu stärken. Damit
728 leisten wir einen Beitrag zur Kriminalitätsbekämpfung und erhöhen das
729 Sicherheitsgefühl der Bürger*innen. Flächendeckende und anlasslose
730 Videoüberwachung lehnen wir ab. Für eine Ausstattung mit Tasern, außer für
731 Spezialkräfte, sehen wir keinen Bedarf.

732 Angesichts der immer größeren Anforderungen beispielsweise in den Bereichen
733 Kindesmissbrauch, Umweltkriminalität, Geldwäsche, organisierte Kriminalität
734 (Mafia) werden wir die Kriminalpolizei personell und in der Aus- und Fortbildung
735 stärken. Dabei ermöglichen wir Spezialisierungen und fördern Fachkarrieren. Die
736 gesundheitlichen Belastungen im Polizeidienst sollen durch eine Überprüfung der
737 Schichtdienstmodelle und den Ausbau von Krisenintervention und Supervision
738 verringert werden. Die Fortbildung, insbesondere der Führungskräfte,

739 beispielsweise bei der Deeskalationskompetenz, der Sensibilisierung gegen
740 Rechtsextremismus und Rassismus, bei Hasskriminalität sowie der
741 Menschenrechtsbildung stärken wir weiter. Wir streben die rechtssichere
742 Einführung einer individualisierten und anonymisierten Kennzeichnung unter
743 Wahrung der Persönlichkeitsrechte der Beamt*innen an.

744 Gemeinsam gegen Rassismus in der Polizei

745 Alle Menschen – unabhängig von Hautfarbe, Religion, Migrationsgeschichte,
746 Geschlecht oder sexueller Identität – müssen darauf vertrauen können, dass die
747 Polizei sie schützt und nicht diskriminiert. Daher wiegen die Fälle von
748 Rassismus und anderen menschenverachtenden Äußerungen in der Polizei schwer. Die
749 Handlungsempfehlungen der Stabsstelle „Rechtsextremistische Tendenzen in der
750 Polizei NRW“ werden wir umsetzen und die Maßnahmen fortlaufend weiterentwickeln.
751 Dazu gehören Präventions- und Reflexionsmöglichkeiten in der Polizei sowie
752 Regelungen zur Rotation. Zudem wollen wir verpflichtende Fortbildungen zum
753 Themenfeld Rechtsextremismus und Rassismus einführen und die Meldung von
754 Hinweisen erleichtern. Führungskräfte müssen besser qualifiziert und
755 sensibilisiert werden, damit sie Verdachtsfälle besser einschätzen und
756 intervenieren können. Zusätzlich werden wir eine wissenschaftliche Studie zu
757 rassistischen und anderen menschenverachtenden Einstellungen bei der Polizei NRW
758 in Auftrag geben.

759 Ein*e unabhängige*n Polizeibeauftragte*n für NRW

760 Die Polizei greift durch ihre Maßnahmen zum Teil empfindlich in die
761 Freiheitsrechte der betroffenen Personen ein. Wie jedes Verwaltungshandeln ist
762 auch polizeiliches Handeln überprüfbar. Einzelverfahren vor Gerichten oder im
763 qualifizierten Beschwerdemanagement können aber nicht mögliche strukturelle
764 Fehlentwicklungen innerhalb der Polizei aufdecken. Whistleblower*innen in der
765 Polizei müssen deshalb besonders geschützt werden und ihre Anliegen vorbringen
766 können, ohne irgendwelche Nachteile fürchten zu müssen. Wir wollen daher die
767 Stelle einer*eines unabhängigen Polizeibeauftragten beim Landtag NRW ansiedeln.
768 Die Stelle soll sowohl für Bürger*innen als auch für Polizeibeamt*innen
769 ansprechbar sein, den Landtag bei der Beratung von Themen zur Polizei
770 unterstützen und einen regelmäßigen Tätigkeitsbericht vorlegen.

771 Effektive Zusammenarbeit bei der Polizei

772 In keinem anderen Bundesland ist die Polizeistruktur so kleinteilig wie in
773 Nordrhein-Westfalen. Die Vielzahl der Behörden, ihre unterschiedlichen Größen
774 und Zuständigkeiten führen zu gravierenden Nachteilen bei der Aufgabenerfüllung.
775 Gerade der schreckliche Fall sexualisierter Gewalt in Lügde zeigt, dass eine
776 Polizeistrukturreform dringend erforderlich ist, weil die örtlichen
777 Polizeibehörden große beziehungsweise komplexe Verfahren strukturell nicht
778 leisten können. Daher müssen die Aufgaben und Zuständigkeiten der
779 Kreispolizeibehörden vereinheitlicht und regional gebündelt werden. So wird die
780 Polizeiarbeit überall in NRW effektiver und komplexe Fälle können besser
781 bearbeitet werden. Wir werden dafür sorgen, dass die Polizei weiterhin überall
782 in Nordrhein-Westfalen ansprechbar ist.

783 Kriminalpolitik auf solider Faktenbasis

784 Um die kriminalitätsbezogene Sicherheitslage richtig einschätzen zu können,
785 reichen die Ergebnisse der Polizeilichen Kriminalstatistik nicht aus. Diese
786 betrachtet nur die der Polizei bekannt gewordenen Fälle, bis diese an die
787 Staatsanwaltschaft abgegeben werden. Das Dunkelfeld, also Taten, die der Polizei
788 nicht angezeigt wurden, bleibt hingegen unberücksichtigt. Mögliche Veränderungen
789 von Kriminalitätstrends bleiben so unerkant. Es wird auch nicht erfasst, ob die
790 gemeldeten Verdachtsfälle überhaupt angeklagt wurden und ein Urteil erging. Wir
791 wollen, dass die Sicherheits- und Kriminalpolitik in NRW auf einer rationalen
792 und evidenzbasierten Grundlage beruht. Wir setzen uns daher für einen
793 periodischen Sicherheitsbericht unter Einbindung externer Wissenschaftler*innen
794 ein. So soll eine regelmäßig aktualisierte Bestandsaufnahme der
795 kriminalitätsbezogene Sicherheitslage erfolgen, die über die bloße Analyse der
796 Kriminalstatistik und der Strafverfolgungsstatistiken hinausgeht und
797 Dunkelfeldstudien, Ursachenforschung und die Sicherheitswahrnehmungen der
798 Bürger*innen einbezieht.

799 Vertrag für Demokratie: Entschieden gegen Rechtsextremismus

800 Wir schließen einen Vertrag für die Demokratie: Die Arbeit gegen
801 Rechtsextremismus und Rassismus kann nur gemeinsam mit der demokratischen
802 Zivilgesellschaft gelingen. Wir wollen die Zivilgesellschaft durch einen
803 Fördertopf unterstützen, aus dem kleinere Initiativen und Bündnisse
804 unbürokratisch Kleinstfördersummen beantragen können. Die Beratungsstruktur
805 gegen Rechtsextremismus angefangen bei der Opferberatung, über die mobile
806 Beratung gegen Rechtsextremismus bis hin zur Aussteigerberatung werden wir
807 finanziell deutlich stärken und dauerhaft absichern. Wir werden das kommunale
808 Förderprogramm „NRWeltoffen“ auf weitere Kommunen ausweiten und das integrierte
809 Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus weiterentwickeln. Das
810 Landesnetzwerk gegen Rechtsextremismus wollen wir mit einer eigenen
811 Geschäftsstelle stärken. Auch die Arbeit der Gedenkstätten und anderer Träger
812 der (historisch-)politischen Bildung ist ein wichtiger Beitrag für die Stärkung
813 der demokratischen Kultur und die Sensibilisierung für die Gefahren des
814 Rechtsextremismus. Um die politische Bildung in Nordrhein-Westfalen als
815 wichtigen Bestandteil der Demokratiebildung zu stärken, wollen wir die
816 Landeszentrale für politische Bildung beim Parlament ansiedeln und sie durch
817 einen externen wissenschaftlichen sowie zivilgesellschaftlichen Beirat stärken.

818 Konsequentes Handeln gegen rechte Gewalt

819 Die größte Gefahr für unsere Gesellschaft geht vom Rechtsextremismus aus. Die
820 Sicherheitsbehörden brauchen dringend bessere Analyseinstrumente, um die Gefahr
821 durch neue Tätertypen erkennen zu können. Offene Haftbefehle gegen
822 Rechtsextremisten müssen schnell vollzogen werden. Wir werden die
823 Handlungsempfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses NRW vollständig umsetzen.

824 Das Wissen über rechtsextreme und rassistische Strukturen und Entwicklungen ist
825 unabdingbar für den Kampf gegen Rechts. Deshalb werden wir die
826 Rechtsextremismus-Forschung in NRW stärken und ein Monitoring im Bereich
827 Rechtsextremismus sowie zu menschenfeindlichen Einstellungen in der Gesellschaft

828 einführen. Außerdem setzen wir auf Dunkelfeldstudien und ein Lagebild
829 Rechtsextremismus, um das Verständnis über die Dimensionen von Hasskriminalität
830 und die Entwicklung im rechtsextremen Spektrum zu verbessern. Zudem werden wir
831 ein öffentlich zugängliches Archiv zu Rechtsextremismus in NRW fördern.

832 Neue bzw. verstärkt auftretende Phänomene machen neue Beratungsangebote
833 notwendig. Wir werden ein Angebot schaffen, das das Umfeld von
834 Verschwörungsgläubigen unterstützt. Außerdem werden wir eine personell gut
835 ausgestattete Melde- und Beratungsstruktur für die Betroffenen von „Hate-Speech“
836 schaffen. Zur Unterstützung der Kommunen im Umgang mit Rechtsextremismus wollen
837 wir eine juristische Beratungsstelle auf Landesebene einrichten.

838 Auch in NRW kommt es immer wieder zu rassistisch und antisemitisch motivierten
839 Angriffen auf Synagogen, Moscheen oder Kultureinrichtungen. Wir setzen auf
840 deutlich bessere Schutzkonzepte für diese Einrichtungen und in migrantisch
841 geprägten Stadtteilen. Wichtig ist dabei die Einbindung der Communities in die
842 Entwicklung von Maßnahmen des Landes.

843 Ganzheitliches Handlungskonzept gegen gewaltbereiten 844 Islamismus weiterentwickeln

845 Von salafistischen und jihadistischen Netzwerken geht weiterhin eine
846 ernstzunehmende Gefahr für unsere Gesellschaft aus. Die Sicherheitsbehörden
847 müssen hier weiterhin sehr wachsam sein, um mögliche weitere Anschläge zu
848 verhindern. Aber auch die Präventionsarbeit gegen den gewaltbereiten Salafismus
849 und Jihadismus als gesamtgesellschaftliche Aufgabe haben wir im Blick. Das von
850 uns angestoßene ganzheitliche Handlungskonzept gegen den gewaltbereiten
851 verfassungsfeindlichen Salafismus werden wir weiterentwickeln.

852 Den Verfassungsschutz neu ordnen

853 Der Verfassungsschutz soll die Feinde unserer Demokratie und vielfältigen
854 Gesellschaft mit öffentlichen und nachrichtendienstlichen Mitteln beobachten und
855 dabei einen klaren Fokus auf gewaltbereite Bestrebungen legen. Auf diesen Kern
856 seiner Tätigkeit werden wir ihn beschränken. Wir gründen ein Forschungsnetzwerk,
857 zur Erforschung und Dokumentation von Strukturen und Zusammenhängen von
858 demokratie- und menschenfeindlichen Bestrebungen. Wir schaffen mehr Transparenz
859 über die Arbeit des Verfassungsschutzes durch öffentliche Sitzungen des
860 parlamentarischen Kontrollgremiums des Landtags. Zusätzlich richten wird die
861 Stelle einer/eines ständigen Sachverständigen beim Parlamentarischen
862 Kontrollgremium ein, um das Gremium bei der Kontrolle des Verfassungsschutzes,
863 insbesondere bezüglich des Einsatzes von V-Leuten, zu unterstützen.

864 Katastrophenschutz: Aus der Pandemie und der 865 Hochwasserkatastrophe lernen

866 Aus der Corona-Pandemie und der Hochwasserkatastrophe vom Juli 2021 werden wir
867 Lehren ziehen und den Katastrophenschutz in NRW so verändern, dass er deutlich
868 gestärkt wird. Das Engagement der Einsatzkräfte von Feuerwehren, anerkannten
869 Hilfsorganisationen, Technischem Hilfswerk sowie den Spontanhelfer*innen ist
870 unverzichtbar. Die Strukturen des Katastrophenschutzes müssen so angepasst

871 werden, dass Gefahren besser erkannt werden und die Einsatzkräfte schneller das
872 tun können, wofür sie für den Ernstfall ausgebildet werden: anderen zu helfen.

873 Zur Katastrophenvorsorge führen wir verbindliche Katastrophenschutzbedarfspläne
874 auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte ein. Im Katastrophenfall soll die
875 Landesebene Verantwortung übernehmen und die Kreise und kreisfreien Städte
876 unterstützen. Um die Vorsorge zu unterstützen und im Krisenmanagement
877 Verantwortung zu übernehmen, benötigen wir ein eigenes Katastrophenschutzamt auf
878 Landesebene. Die Aktivierung des Krisenstabes der Landesregierung werden wir
879 verbindlich regeln, damit die Kommunikation mit den unterschiedlichen Behörden
880 effektiv, schnell und einheitlich gelingt. Im Katastrophenfall müssen
881 Warnsysteme so gestaltet sein, dass sie möglichst alle Menschen erreichen und
882 für diese auch einfach verständlich und nachvollziehbar sind. Gemeinsam mit den
883 Kommunen und den Akteuren im Katastrophenschutz werden wir die
884 Selbsthilfefähigkeit der Bürger*innen stärken.

885 Wir werden auch die Forschung für den Katastrophenschutz und das
886 Krisenmanagement in NRW stärken. Alle bisherigen Berichte und Evaluationen zu
887 Katastrophenszenarien werden wir auf den Prüfstand stellen, um den
888 Verbesserungsbedarf für NRW zu ermitteln. Außerdem braucht das Land eine eigene
889 Katastrophenschutzplanung, um sich auf die Möglichkeit weiterer Katastrophen,
890 beispielsweise einen großflächigen langanhaltenden Stromausfall oder einen
891 Angriff auf die digitale Infrastruktur, vorzubereiten. Auch die Prävention und
892 Bekämpfung von Wald- und Naturflächenbränden müssen deutlich verbessert werden,
893 wie die Brandereignisse der letzten Jahre eindrücklich zeigen.

894 Ehrenamt im Brand- und Katastrophenschutz in seiner Vielfalt
895 stärken

896 Die Arbeit von Ehrenamtlichen im Brand- und Katastrophenschutz ist
897 unverzichtbar. Das verdient Anerkennung, Unterstützung der Feuerwehren und der
898 anerkannten Hilfsorganisationen sowie gute Bedingungen zur Vereinbarkeit von
899 Beruf, Familie und Ehrenamt. Der enge Austausch mit den Akteuren im Brand- und
900 Katastrophenschutz ist uns wichtig. Wir wollen die Ehrenamtskarte weiter
901 ausbauen, beispielsweise auch durch kostenlose Fahrten mit Bus und Bahn. Wer
902 einen Führerschein für Rettungsfahrzeuge erwirbt, macht das im Dienst der
903 Gesellschaft und bekommt deshalb in Zukunft mehr finanzielle Unterstützung. Wir
904 werden außerdem eine Feuerwehrente nach dem Thüringer Modell prüfen.

905 Unsere Gesellschaft ist vielfältig – wir wollen, dass sich das auch bei
906 Feuerwehren und im Katastrophenschutz widerspiegelt. Projekte zur Stärkung der
907 Sichtbarkeit von Vielfalt und für Antidiskriminierungsarbeit unterstützen wir.
908 Gemeinsam mit den Organisationen wollen wir den Anteil von Frauen sowohl im
909 Haupt- wie auch im Ehrenamt deutlich erhöhen. Die Kinder- und Jugendarbeit bei
910 den Feuerwehren und Hilfsorganisationen unterstützen wir. Die
911 Brandschutzerziehung und die Verankerung von Schulsanitätsdiensten unter
912 Beteiligung der Kinder und Jugendlichen sowie Erste-Hilfe-Kurse an Schulen
913 werden wir ausweiten.

914 **Wir fördern Kultur, Medien und Sport**

915 **Ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk für alle**

916 Unsere Demokratie lebt davon, dass wir uns eine Meinung bilden und demokratisch
917 um den besten Weg streiten können. Dafür brauchen wir Journalist*innen, die
918 unabhängig und kritisch arbeiten können. Und wir benötigen ein vielfältiges
919 Angebot an Zeitungen, Online-, Radio- und Fernsehsendungen. Wir stehen zu einem
920 pluralistischen, von staatlichen Institutionen unabhängigen und kritischen
921 öffentlich-rechtlichen Rundfunk, denn er sichert unabhängigen, allen
922 zugänglichen Journalismus. Wir verteidigen den WDR entschieden gegen
923 populistische Attacken von rechts und sichern weiterhin seine Finanzierung ab.
924 Gleichzeitig wirken wir darauf hin, dass der WDR sich mit der Gesellschaft
925 weiterentwickelt und relevant bleibt. Wir unterstützen ihn, auch jene
926 Zielgruppen zu erreichen, bei denen er sich bisher schwertut, also etwa bei
927 Jugendlichen oder Menschen mit Migrationserfahrung. Ebenso wie die Formate und
928 Inhalte müssen auch die Gremien des WDR in Zukunft die gesellschaftliche
929 Vielfalt unseres Landes besser abbilden. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass
930 die Mediatheken aller öffentlich-rechtlichen Sender zu gemeinsamen Plattformen
931 weiterentwickelt werden.

932 **Demokratie braucht Medienvielfalt und Lokaljournalismus**

933 Eine offene Gesellschaft braucht vielfältige Informationsquellen und Medien, in
934 denen Meinungen ausgetauscht und Entscheidungen kritisch hinterfragt werden.
935 Doch gerade vor Ort schrumpft die Vielfalt an lokalen Zeitungen und
936 Radiostationen. Damit sich keine "Informationswüsten" ohne unabhängige
937 Berichterstattung zu Politik, Kultur und Gesellschaft bilden, unterstützen wir
938 die lokale Medienvielfalt und werden dies über eine neue, gemeinsame
939 Medienanstalt der Länder absichern. Wir geben der Idee des gemeinnützigen
940 Journalismus Rückenwind, so dass Bürger*innenmedienvereine und
941 Redaktionsnetzwerke ihre wichtige Arbeit leichter über Spenden finanzieren
942 können. Gerade dort, wo sich der herkömmliche Lokaljournalismus zurückzieht,
943 sind diese Initiativen wichtig, um vor Ort kritischen Journalismus aufrecht zu
944 erhalten. Wir Grüne stehen zum „NRW-Zwei-Säulen-Modell“ und für eine starke
945 Lokalradioszene. Die NRW-Landesmedienanstalt leistet hier bereits gute
946 Unterstützungsarbeit, die wir fortsetzen werden.

947 **Medienkompetenz für alle – gegen Fake News**

948 Frei zugängliche Informationen sind der Rohstoff für unsere Meinungsvielfalt und
949 Demokratie. Wenn sie gefälscht und manipuliert werden, ist das ein Angriff auf
950 unsere freie Gesellschaft. Gerade das Internet und die sozialen Medien
951 beinhalten beides. Deshalb ist es so wichtig, dass alle Bürger*innen in NRW
952 lernen, kompetent mit Informationen und Medien umzugehen – von klein auf, bis
953 ins hohe Alter. Wir unterstützen Bürger*innenmedien-Kompetenzprojekte, die
954 Bürger*innen und insbesondere auch Schüler*innen in NRW befähigen,
955 Falschmeldungen und Fake News zu erkennen, zu kontern und selbst als
956 Faktenchecker*innen zu arbeiten. Die wichtige Arbeit des 2020 neu gegründeten
957 „Landesverbandes Bürger*innenmedien NRW“ unterstützen wir. Dabei richten wir

958 unseren Blick nicht nur auf deutschsprachige Medien, sondern auch auf
959 internationale. Denn es ist bekannt, dass zunehmend auch ausländische,
960 autokratische Strukturen versuchen, mit Desinformationskampagnen die politische
961 oder gesellschaftliche Willensbildung hier zu beeinflussen.
962 Demokratiefeindlichen und hetzerischen Inhalten schieben wir einen Riegel vor.
963 Dafür müssen auch unsere Sicherheitsbehörden entsprechend sensibilisiert und
964 ausgestattet sein. Gleichzeitig setzen wir uns für eine deutliche
965 Wiederausweitung des mehrsprachigen Angebots des WDR ein, so dass unabhängige
966 Medienangebote auch alle Menschen in NRW erreichen.

967 Verlässliche Förderung für einen neuen Kultur-Aufschwung

968 Die Kunst- und Kulturszene in NRW bietet uns allen eine große Dichte
969 verschiedenster Museen, Clubs, Konzertsäle, Bühnen und freier Angebote. Kultur
970 und die Künste unterhalten nicht einfach nur. Sie sind das Lebenselixier unserer
971 Demokratie, sie geben Impulse und halten der Gesellschaft kritisch den Spiegel
972 vor. Wir Grüne stehen daher für eine transparente, beteiligende und vielfältige
973 Kulturpolitik. Wir geben Nordrhein-Westfalens einmaliger Kulturlandschaft
974 Sicherheit und stehen für ihren Erhalt und Ausbau. Unser Ziel ist, dass die NRW-
975 Kulturszene nach der Corona-Krise wieder als Nährboden unserer offenen und
976 vielfältigen Gesellschaft auflebt. Künstler*innen, Bühnentechniker*innen, Bühnen
977 und Kulturvereine brauchen dafür finanzielle Sicherheit. Bis die Auswirkungen
978 der Pandemie abklingen, setzen wir weiterhin auf spezielle Förderungen. Für eine
979 bessere und verlässliche Kulturförderung stärken wir außerdem die Finanzen der
980 Städte, Gemeinden und Kreise. Denn sie sind wichtige Geldgeber für die Kultur
981 vor Ort. Mittelfristig entwickeln wir die Förderlandschaft des Landes weiter und
982 machen sie krisenfest. Dafür untersuchen wir die Förderstrukturen und beziehen
983 vor allem die Erfahrungen der Corona-Krise mit ein. Wir achten besonders darauf,
984 dass die Verwaltungen von Bund, Land und Kommunen in der Kulturförderung besser
985 zusammenarbeiten und Kreativität nicht im Bestimmungs- und
986 Zuständigkeitswirrwarr verpufft.

987 Kulturschaffende und Künstler*innen besser absichern

988 Wenn wir eine freie und vielfältige Kultur wollen, müssen wir auch die
989 Bedingungen dafür schaffen, dass Menschen kreativ werden können. Viele Kultur-
990 und Medienschaffende arbeiten mit großem Engagement unter prekären Bedingungen,
991 verdienen wenig oder unregelmäßig und sind nicht ausreichend für das Alter
992 abgesichert. Die Kunstförderung darf deshalb nicht allein am Output orientiert
993 sein, sondern muss auch die soziale Sicherung der Künstler*innen zum Ziel haben.
994 Von Seiten des Landes NRW werden wir bis zum Ende der Pandemie die
995 Stipendienprogramme fortsetzen und dann evaluieren, welche Elemente zu einer
996 dauerhaften Kulturförderung gehören können. Über eine Gagenuntergrenze für
997 öffentliche Theater für Solo-Selbstständige auf und hinter der Bühne verbessern
998 wir außerdem die Arbeitsbedingungen von Künstler*innen.

999 Mehr Raum für Kultur

1000 Kultur braucht Platz! Sie gedeiht in Erfahrungs- und Freiräumen – und zwar am
1001 besten mitten unter uns, dort wo die Menschen leben und arbeiten. Wir schützen
1002 und schaffen Kulturräume in ganz NRW und machen unsere Städte und Dörfer damit

1003 lebenswerter. Wir unterstützen Kommunen, die eine kulturelle Zwischennutzung
1004 leerstehender Gebäude ermöglichen wollen, etwa durch die Übernahme von
1005 Versicherungen. Auch Landesgebäude und freistehende Flächen des Landes eignen
1006 sich für solche kulturellen Projekte oder Zwischennutzungen. Dafür machen wir
1007 den Weg frei. Wir passen die Anforderungen zum Lärmschutz so an, dass zwischen
1008 dem berechtigten Ruheinteresse von Anwohner*innen und den Anforderungen an
1009 lebendige Kulturräume ein fairer Ausgleich stattfindet. Dass Clubs erstmals auch
1010 rechtlich als kulturelle Orte anerkannt sind, begrüßen wir sehr und werden in
1011 NRW dafür sorgen, dass dies rechtlich entsprechend umgesetzt wird und Clubs vor
1012 Verdrängung geschützt werden.

1013 Kultur ist für alle da – Zugang zu Kultur erleichtern

1014 Kunst und Kultur unterstützen Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung. Wer
1015 früh und möglichst intensiv die eigene Kreativität entwickeln kann, wird sich
1016 sozial, kulturell und menschlich auch später im Leben deutlich besser
1017 zurechtfinden. Kunst und Kultur sensibilisieren auch für die Umwelt und das
1018 menschliche Miteinander über alle Grenzen hinweg. Deshalb wollen wir Grüne in
1019 NRW gut begonnene Projekte wie „Kultur und Schule“, „Kulturrucksack NRW“ oder
1020 auch „JeKits – Jedem Kind Instrumente, Tanzen, Singen“ klug und modern
1021 weiterentwickeln. Wir wollen die musischen Fächer in den Schulen wieder stärken,
1022 Theater-, Museums- und Konzertbesuch sollten künftig auch zum schulischen Kanon
1023 kultureller Bildung gehören. Dabei sollen auch grundsätzliche Überlegungen wie
1024 ein „KulturTicket-NRW“ oder vor Ort der „freie Eintritt für Schulklassen“ sowie
1025 insgesamt eine weitreichende sozialverträgliche Teilhabe an Kultur und Kunst in
1026 NRW künftig eine noch wesentlich größere Rolle spielen. Hier wollen wir
1027 entsprechende Modellprojekte vorantreiben. Auch Kooperationsmodelle zwischen
1028 Freier Szene und öffentlichen Kultureinrichtungen sollen verstärkt gefördert
1029 werden.

1030 Den Kunstbetrieb vielfältiger und ökologischer machen

1031 Gesellschaftliche Vielfalt ist ein kultureller Schatz. Das sollte sich auch in
1032 den Kultureinrichtungen Nordrhein-Westfalens widerspiegeln. Vielfalt wird mit
1033 uns Programm – und zwar besonders dort, wo das Land und die Kommunen die Kultur
1034 finanziell fördern. Öffentlich geförderte Einrichtungen werden wir unterstützen,
1035 die gesellschaftliche Vielfalt und Barrierefreiheit stärker zu berücksichtigen –
1036 etwa im Programm, bei der Besetzung von Künstler*innen oder Leitungspositionen
1037 oder Jurys. Bei der Besetzung von Intendanten müssen endlich Frauen stärker zum
1038 Zuge kommen. Neue Leitungs- und Organisationsformen als Alternative zum
1039 überkommenen, stark hierarchischen Intendantz-Modell, sollen nicht die Ausnahme,
1040 sondern die Regel werden.

1041 Kunst und Kultur spielen eine wichtige Rolle bei der Bewältigung der Klimakrise.
1042 Zum einen können sie selbst ihren ökologischen Fußabdruck verkleinern, zum
1043 anderen wichtige Impulse für eine nachhaltige Transformation unserer
1044 Gesellschaft geben. Immer mehr Initiativen, Festivals, Filmproduzierende und
1045 Spielstätten versuchen mit großem Einsatz, ressourcenschonender zu arbeiten. Wir
1046 unterstützen diese Bemühungen ebenso wie die Einrichtung einer „Green Culture
1047 Desk“-Beratungsstelle und eines „Green-Culture-Fonds“ des Bundes.

1048 Medien-, Film- und Kreativwirtschaft fördern

1049 NRW ist ein Film- und Medienland. Die Branche ist ein eigenständiger, wichtiger
1050 Wirtschaftsfaktor, dessen Innovationskraft auch für andere Branchen immer
1051 bedeutsamer wird. Wir stärken ihn weiter durch Förderung und kluge Vernetzung
1052 mit anderen, auch internationalen Förderzusammenhängen. Auch das „Mediennetzwerk
1053 NRW“ soll weiter gestärkt werden. Dabei spielen Ausbildungs- und Förderangebote
1054 wie die „internationale Filmschule Köln“, das „Mediengründerzentrum NRW“ und das
1055 „GamesLab Cologne“ eine zentrale Rolle. Ebenfalls unterstützen wir nach wie vor
1056 ganz besonders die erfolgreiche Arbeit der Film- und Medienstiftung NRW. Die
1057 Gründerförderung in Kreativwirtschaft und Kultur wollen wir in Kooperation mit
1058 den Fach- und Kunsthochschulen in NRW weiter ausbauen und zusätzlich auch eine
1059 effektive Popkulturförderung in NRW etablieren.

1060 Erinnerungen bewahren und aus ihnen lernen

1061 Die Verbrechen des Nationalsozialismus prägen uns und unser Land weiter. Wir
1062 alle tragen Verantwortung dafür, die Erinnerung an die Opfer der NS-Zeit wach zu
1063 halten und aus dieser Erinnerung heraus für unsere Demokratie und unsere
1064 gesellschaftlichen Freiheiten einzutreten. Es gibt nur noch sehr wenige
1065 Zeitzeugen, die von ihren Erlebnissen berichten können und längst nicht jede
1066 Familie im Einwanderungsland NRW hat einen biografischen Bezug zur NS-
1067 Geschichte. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Erinnerung für alle
1068 Menschen lebendig und erfahrbar gemacht wird und sichern daher die Arbeit der
1069 Gedenkstätten finanziell weiter ab. Wir sind außerdem offen dafür, neue
1070 Erinnerungsorte zugänglich zu machen und mit entsprechenden Angeboten
1071 auszustatten – auch um an die Opfer des Rechtsextremismus in der
1072 Nachkriegsgeschichte zu erinnern. Rechtspopulistischen und anderen Kräften, die
1073 einen Schlusstrich unter das Gedenken setzen wollen, stellen wir uns
1074 entschieden entgegen.

1075 Sport braucht weiter eine intakte Infrastruktur

1076 Sport ist für den gesellschaftlichen Zusammenhalt wichtig, denn Sport ist gut
1077 für Gesundheit und Wohlbefinden. In den Vereinen, auf Sportplätzen, in Hallen
1078 und Schwimmbädern kommen Menschen verschiedener Herkunft, unterschiedlichsten
1079 Alters und unterschiedlichster Erfahrungen zusammen. Mit seinen vielen
1080 ehrenamtlich Engagierten ist der organisierte Sport wortwörtlich die größte
1081 Bürger*innenbewegung in NRW. Aber auch jenseits der Vereine und Verbände finden
1082 sich Menschen zusammen, um gemeinsam Sport zu treiben und in Bewegung zu
1083 bleiben. Im Sport werden die Werte einer offenen und solidarischen Gesellschaft
1084 gelebt und vermittelt: Fairness, Respekt, Teamgeist und Vielfalt. Und Sport hält
1085 uns fit und fördert unsere Gesundheit. Wir Grüne unterstützen deshalb den Sport
1086 im Land aus voller Überzeugung. Viele Sportstätten werden zurzeit durch das
1087 Programm „Gute Sportstätten 2022“ instandgesetzt. Den Erfolg des Programms
1088 werden wir evaluieren und das Programm weiterentwickeln. Wir setzen uns
1089 insbesondere für eine gute Bäderinfrastruktur ein und stärken den
1090 Schwimmunterricht an Schulen und in Vereinen. Unser Ziel ist es, dass jedes Kind
1091 bis zum Ende der Grundschulzeit die Möglichkeit hat, schwimmen zu lernen.
1092 Daneben werden wir Bewegungsmöglichkeiten für Klein und Groß in die Wohnumgebung
1093 integrieren. Sportmöglichkeiten, wie beispielsweise auf dem Grüngürtel in Köln,

1094 erfreuen sich großer Beliebtheit und fördern das Zusammenleben in den
1095 Quartieren.

1096 Sportförderung und Sportgroßveranstaltungen, von denen alle
1097 profitieren

1098 Wir Grüne sehen Sportgroßveranstaltungen als integratives und einendes Element
1099 an. Außerdem profitieren sowohl der Leistungs- als auch der Breitensport von
1100 solchen Events. Deshalb sollen sie in Nordrhein-Westfalen unter der Maßgabe von
1101 Nachhaltigkeit und Kostentransparenz und unter Beteiligung der Bürger*innen in
1102 Zukunft begleitet und vorangetrieben werden.

1103 Sport und Bewegung leisten wichtige Beiträge zur gesundheitlichen Prävention.
1104 Wir werden den Präventionsgedanken noch stärker in die Sportförderung
1105 integrieren. Prävention und Gesundheitsförderung sind ein Mehrwert für alle,
1106 aber insbesondere auch für ältere Menschen. Unser Ziel ist es, die Förderung der
1107 guten, eigenverantwortlichen Arbeit des LSB NRW nach „Good-Governance“-Kriterien
1108 transparent und rechtssicher zu gestalten und gleichzeitig die Wünsche von
1109 Sportler*innen ohne Zugehörigkeit zu einem Verein ausgewogen zu berücksichtigen.
1110 Hierfür ist es richtig, sich in einer neu zu schaffenden Landessportkonferenz
1111 mit allen wichtigen Sportakteur*innen an einen Tisch zu setzen. Wir legen mit
1112 einem Sportfördergesetz die Grundlage, dass alle Menschen in NRW die Möglichkeit
1113 haben, entsprechend ihren Wünschen und Fähigkeiten Sport zu treiben.

1114 Dialog im Sport fördern, eSport unterstützen

1115 Wir Grüne werden dem Sport ein verlässlicher Partner darin sein,
1116 Sportveranstaltungen zu dem zu machen, was sie sein sollten: ein Ereignis, an
1117 dem die ganze Gesellschaft teilnehmen kann. Dafür sollen regelmäßige
1118 Dialogformate und Fanhearings die Kommunikation und Kooperation zwischen allen
1119 Beteiligten verbessern. Wir werden unsere Verbündeten gegen Gewalt,
1120 Diskriminierung, Ausgrenzung und Hass im Sport stärken. Wir setzen dabei
1121 ausdrücklich darauf, die organisierte Fanszene als aktiven Teil der
1122 Zivilgesellschaft einzubeziehen. Ebenso gehören die Polizei, die „Zentrale
1123 Informationsstelle Sparteinsätze“, die Ordnungsbehörden, Vereine und Verbände
1124 sowie Fanprojekte und Fanbeauftragte zu den Gesprächspartner*innen.

1125 Wir unterstützen die Gaming-Kultur und insbesondere den eSport finanziell und
1126 ideell stärker. Wir setzen uns dafür ein, dass eSport-Vereine als gemeinnützig
1127 anerkannt werden. Um Austausch und Verständigung zwischen beiden Welten zu
1128 fördern, unterstützen wir gemeinsame Projekte von eSport und klassischem Sport.
1129 Ähnlich wie beispielsweise beim klassischen Fußball die Themen Rassismus und
1130 Vielfalt, machen wir auch beim eSport gesellschaftliche Themen zum Gegenstand
1131 von Förderung und Austausch.

1132 **Wir gestalten gemeinsam Europa und die Eine Welt**

1133 **NRW vernetzt Europa – global denken, lokal handeln**

1134 NRW liegt als bevölkerungsreichstes Bundesland im Herzen Europas. Wir sind
1135 überzeugt, dass wir die sozialen und ökologischen Herausforderungen des
1136 Klimawandels nur auf internationaler Ebene bewältigen können. Ganz besonders
1137 zählen wir dabei auf unsere europäischen Partner.

1138 Wir gründen eine Europa-Stiftung, die die europäischen Werte und die
1139 unterschiedlichen Facetten einer lebendigen Demokratie in der schulischen und
1140 außerschulischen Bildung fördert. Damit schaffen wir eine Koordinierungs- und
1141 Ansprechstelle für die zahlreichen dezentralen Angebote in NRW. Indem die
1142 Stiftung ebenfalls den europaweiten Austausch zwischen Kommunen und Regionen
1143 stärkt, erneuert sie den europäischen Zusammenhalt und macht die
1144 Errungenschaften der Europäischen Union für die Bürger*innen vor Ort erlebbar.
1145 Wir setzen uns von NRW aus für die Einhaltung der Menschenrechte und
1146 Rechtsstaatsprinzipien innerhalb der EU ein und halten entschieden gegen
1147 antidemokratische Angriffe.

1148 **Wir kämpfen weiter für ein echtes Lieferkettengesetz**

1149 Viele Jahre haben Grüne im Bundestag und im Europäischen Parlament für ein
1150 Lieferkettengesetz gekämpft, welches Arbeitnehmer*innenrechte und
1151 Umweltstandards auch in Drittländern schützt und deutsche und europäische
1152 Unternehmen für Verstöße ihrer Lieferanten in die Verantwortung nimmt. Das 2021
1153 beschlossene Gesetz ist für uns Grüne eine herbe Enttäuschung. CDU, CSU und SPD
1154 haben ein Gesetz beschlossen, das zwar eine Lieferantenhaftung vorsieht, die
1155 Ausnahmen aber zur Regel macht. Maßgebliche Teile der deutschen Unternehmen
1156 werden vom Gesetz nicht erfasst. Bis es ein echtes Lieferkettengesetz gibt,
1157 werden wir vorangehen und die öffentliche Beschaffung in NRW durch ein neues
1158 Tariftreue- und Vergabegesetz nach nachhaltigen und sozialen Kriterien
1159 ausrichten.

1160 **NRW arbeitet für eine nachhaltige Entwicklung in der EU und 1161 global**

1162 Die Umsetzung der Agenda 2030 und der Klimaziele gehen zu langsam voran. Wir
1163 setzen die Ziele im Sinne der Nachhaltigkeitsstrategie NRW um, indem wir die UN-
1164 Nachhaltigkeitsziele als festen Bestandteil in allen Landesressorts etablieren
1165 und auch die Kommunen dahingehend unterstützen. Außerdem führen wir einen
1166 verpflichtenden Nachhaltigkeitscheck ein, um bei Gesetzentwürfen und bei der
1167 Vergabe öffentlicher Aufträge zu prüfen, ob soziale und ökologische Standards
1168 eingehalten werden. Der Europäische Grüne Deal stellt für uns einen klaren
1169 Handlungsauftrag dar, bis 2040 klimaneutral zu sein. Wir wollen in NRW
1170 vorangehen und uns dieser Verantwortung stellen. Unser Ziel muss sein, unseren
1171 Kindern einen Planeten zu hinterlassen, der lebenswert ist.

1172 Neben fairer Entlohnung und Arbeitssicherheit ist die Kreislaufwirtschaft ein
1173 wichtiger Baustein. Um die begrenzten Ressourcen der Erde zu schonen und Energie
1174 einzusparen, müssen so viele Produktionsverfahren wie möglich im Kreislauf

1175 geführt werden. Hierfür brauchen wir beispielsweise nachhaltiges Produktdesign
1176 und mehr recyclingfähige Rohstoffe. Die dafür nötigen Maßnahmen möchten wir
1177 gemeinsam mit Branchenvertreter*innen, Verbänden, Gewerkschaften und der
1178 Zivilgesellschaft umsetzen. Das Land muss hier als Partner auftreten und die
1179 Industrie bei dieser Aufgabe finanziell unterstützen. Branchenverträge können
1180 dafür den geeigneten Rahmen bilden.

1181 Zivilgesellschaft für die Eine Welt stärken

1182 Viele Menschen engagieren sich in unserem Bundesland ehrenamtlich für den
1183 globalen Süden. Sie bauen gemeinsam mit ihren Partner*innen dort Projekte auf.
1184 Immer mehr Verbraucher*innen kaufen fair gehandelte Produkte und sie alle
1185 leisten damit einen ganz persönlichen Beitrag. Diese zivilgesellschaftlichen
1186 Aktivitäten wollen wir unterstützen durch den Ausbau des „Eine Welt Netzes“ als
1187 Dachverband developmentspolitischer Vereine und engagierter Personen in NRW
1188 sowie durch verstärkte Kampagnen für „Fairen Handel“. In unserem Land existiert
1189 eine gute Struktur von Angeboten zur Nachhaltigkeitsbildung. Diese bestehenden
1190 Strukturen wie die Stiftung „Umwelt und Entwicklung NRW“ und das Programm
1191 „Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit“ wollen wir ausbauen,
1192 um mehr Menschen damit zu erreichen. Auch die internationale Zusammenarbeit mit
1193 den beiden NRW-Partnerländern Südafrika und Ghana wollen wir intensivieren. Wir
1194 fördern globale Partnerschaften von Vereinen, Verbänden, Kommunen, Wissenschaft
1195 und Betrieben aus NRW. Einen wichtigen Aspekt bilden hierbei der beiderseitige
1196 Austausch und Kooperationsprojekte von Studierenden, Schüler*innen und
1197 Auszubildenden.

1198 Städtepartnerschaften für Nachhaltigkeit

1199 Viele unserer Städte und Gemeinden haben enge Beziehungen mit ihren
1200 Partnerregionen überall auf der Welt und führen gemeinsam Projekte aus, auch in
1201 der kommunalen Entwicklungspolitik. Wir wollen deshalb gemeinsam mit unseren
1202 Kommunen ein Konzept entwickeln, um die Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele,
1203 Menschenrechte und Fairen Handel zu zentralen Aspekten bestehender und
1204 zukünftiger Städtepartnerschaften macht.

1205 Auch ist Nordrhein-Westfalen Mitglied der internationalen „Under-2-Coalition“,
1206 die mit regionalen Maßnahmen die Erderwärmung auf unter zwei Grad Celsius
1207 begrenzen will. Kommunale Klimapartnerschaften sollen dabei eine tragende Rolle
1208 spielen, um auf kommunaler Ebene einen Beitrag zu den globalen Herausforderungen
1209 zu leisten. Denn es sind maßgeblich unsere Städte und Gemeinden, die europäische
1210 und internationale Vereinbarungen umsetzen und mit Leben füllen.
1211 Klimapartnerschaften helfen ihnen dabei, sich untereinander zu vernetzen,
1212 Erfahrungen auszutauschen und gemeinsame Projekte umzusetzen. Damit die Kommunen
1213 Ansprechpartner*innen haben, wenn sie eine Klimapartnerschaft aufbauen wollen,
1214 schaffen wir eine Koordinierungs- und Beratungsstelle auf Landesebene, die sie
1215 bei ihrem Vorhaben unterstützt und begleitet. Außerdem stellen wir Finanzmittel
1216 für kommunale Entwicklungszusammenarbeit im Gemeindefinanzierungsgesetz zur
1217 Verfügung.

1218 NRW als Standort für Internationales verankern

1219 NRW ist mit seiner Bundesstadt Bonn ein wichtiges Zentrum für internationale und
1220 Eine-Welt-Politik. Allein die UN sind hier mit 20 Einrichtungen vertreten, hinzu
1221 kommen noch über 150 weitere internationale Institutionen, Vereine und
1222 Hilfswerke der humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit. Bonn ist
1223 ebenfalls Standort des „Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit
1224 und Entwicklung“, des „Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik“, der
1225 „Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit“ oder dem „Bonn International
1226 Center for Conversion“. Mit dieser breiten Struktur aus Wissenschaft,
1227 internationalen Organisationen und NGOs soll das Land NRW Vorreiter in der
1228 Entwicklungszusammenarbeit sein. Wir wollen NRW als wichtigen Stand- und
1229 Konferenzort für Menschenrechte und Friedensbildung, Nachhaltigkeitsstrategien,
1230 und Demokratisierungsprozesse etablieren.

1231 NRW: Hafen für Menschenrechte und Teil der Einen Welt

1232 Wir leben in einem funktionierenden Rechtsstaat, dessen Aufgabe es ist, die
1233 Rechte seiner Bürger*innen zu schützen. Was für uns so selbstverständlich
1234 klingt, ist es für viele Journalistinnen, Abgeordnete, Wissenschaftlerinnen und
1235 Menschenrechtsverteidiger*innen, Frauen, LGTTIQ, Menschen mit Behinderung,
1236 Angehörige von Minderheiten in vielen Ländern dieser Erde nicht. Sie werden von
1237 Unrechtsregimen als Regimegegnerinnen und -gegner angesehen und wegen ihrer
1238 Arbeit oder lediglich aufgrund ihres Glaubens, ihres Aussehens oder ihrer
1239 Orientierung im eigenen Staat unterdrückt, bekämpft, verfolgt.

1240 Wir wollen diesen Menschen in NRW einen sicheren Hafen bieten, in dem sie ihre
1241 Arbeit fortsetzen können und vor Repressalien geschützt sind. Im Bundestag
1242 verabschiedeten Abgeordnete bereits 2003 das Programm „Parlamentarier schützen
1243 Parlamentarier“; aus dem schon 100 Patenschaften hervorgegangen sind. Die
1244 Abgeordneten nutzen dabei ihr Netzwerk, um bedrohte Parlamentarierinnen und
1245 andere Menschenrechtsaktivisten aufzunehmen. Ein solches Programm wollen wir
1246 auch für NRW schaffen und die bisherigen Erfolge in der Verteidigung von
1247 Menschenrechten weiter nach vorne zu bringen.